

Eübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeitspalte oder deren Raum 30 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 281.

Freitag, den 30. November 1917.

24. Jahrg.

Deutschland zu Verhandlungen mit Rußland bereit.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung, in welcher der neue Reichskanzler seine Antrittsrede hielt, machte er die Mitteilung von einem

Waffenstillstands- und Friedensangebot Rußlands.

Er erklärte weiter die

Bereitschaft Deutschlands zu derartigen Verhandlungen. Diese Erklärung dürfte in den breitesten Schichten des Volkes lebhafteste Genugung auslösen und die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des entsetzlichen Völkermordens stärken.

Wir müssen Raumangels halber heute auf eine weitere Besprechung der Reichstagsverhandlungen verzichten und lassen nur den interessantesten Bericht folgen:

Berlin, 29. November.

127. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratssitz: Hertling, Kühlmann, Stein, Capelle, Koedern, Breitenbach, Baldow, Friedberg, Krause, Schiffer, Sydow, Dr. Müller, Dr. Hergt usw.

Haus und Tribünen sind überfüllt.

Der Präsident gedenkt der in der letzten Zeit verstorbenen Mitglieder und richtet dann an das Haus eine Ansprache, in der er zunächst der militärischen Erfolge seit Oktober gedenkt und dann fortfährt: Trotz aller Schwierigkeiten wird auch das Volk in der Heimat durchhalten. Wenn es dem Reichskanzler Michaelis nicht vergönnt war, aller Schwierigkeiten Herr zu werden, so scheiden wir doch von ihm mit dem Ausdruck des Dankes für seine hohen Eigenschaften. An seiner Statt begrüßen wir heute den Grafen Hertling, der es für seine vaterländische Pflicht gehalten hat, das schwere Amt zu übernehmen. Er ist dem Reichstag ein alter Bekannter, dem er länger als 30 Jahre angehört hat. In einer seiner Reichstagsreden hat er darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk ein friedliebendes und ein mächtiges Volk sei und daß diese Stärke auf dem Vertrauen der Reichsleitung zum Reichstag beruhe. Wir hoffen, daß dieses Vertrauen auch unter seiner Kanzlerschaft bestehen wird, und daß sie geeignet sein wird für unser geliebtes Vaterland.

Auf der Tagesordnung steht der

dritte Nachtragset mit den neuen Kriegskrediten von 15 Milliarden.

Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling:

Meine Herren! Nachdem Seine Majestät der Kaiser mich an diese Stelle berufen, habe ich die Ehre, den Reichstag zu begrüßen. Ich möchte sofort Ihrem Herrn Präsidenten meinen Dank für die freundlichen Worte aussprechen, die er in seiner Ansprache an mich gerichtet hat. Möge die von ihm angelegene Note gegenseitigen Vertrauens in allen Verhandlungen nachklingen. (Beifall.) Meine Herren! Wie der Herr Präsident bemerkt hat, bin ich Ihnen ja kein Fremder. In zwei durch eine sechsjährige Frist getrennten Abschnitten bin ich mehr als 30 Jahre Mitglied dieses Hauses gewesen. Ich habe auf verschiedenen Gebieten mit Angehörigen aller Parteien zusammengearbeitet. Als ich im Februar 1912 an die Spitze des bayerischen Ministeriums berufen und dadurch meiner parlamentarischen Tätigkeit ein Ende gemacht wurde, schied ich von hier mit dem Bewußtsein, viele Freunde, manche politischen Gegner, aber, wie ich vertraute, keinen persönlichen Feind zurückzulassen. (Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten.) In diesem Vertrauen und in dankbarer Erinnerung an jene Jahre trete ich jetzt vor Sie hin. Wenn ich mich in stürmischer Zeit entschlossen habe, das schwere und verantwortungsvolle Amt des Reichskanzlers zu übernehmen, wenn ich die gewichtigen Bedenken zurückgedrängt habe, die sich allein schon aus meinem vorgeschrittenen Alter ergeben konnten, so leitete mich dabei die Überzeugung, daß es Pflicht sei, die ungeduldet an mich herangetretene Aufgabe nicht abzulehnen, und daß es Pflicht sei, dem Vaterlande jedes, auch das schwerste Opfer zu bringen. Ich dachte an unsere Brüder und Söhne, die seit 40 Monaten jeden Tag ihr Leben für das Vaterland einsehn. Ihrem Beispiel wollte ich folgen. Aus dieser Gesinnung heraus, meine Herren, bin ich dem an mich ergangenen Rufe Seiner Majestät des Kaisers gefolgt, und in dieser Gesinnung bitte ich Sie um ihre vertrauensvolle Mitarbeit. (Beifall und Zustimmung.) Wir stehen am Abschluß eines Jahres, das auf den vielen Kriegsausplätzen weitreichende Entscheidungen gebracht hat. Stolz und dankbar stelle ich fest, daß fast überall unsere Waffen sowohl wie auch die unserer Verbündeten von Erfolg begleitet gewesen sind. Im Westen, worauf auch schon der Herr Präsident hingewiesen hat, geht die Flandernschlacht ununterbrochen seit Juli dieses Jahres fort. Nahezu das gesamte englische Heer ist in der flandrischen Ebene in zahlenmäßiger Überlegenheit gegen unsere Front eingesetzt worden. Auch mehrere französische Divisionen haben an dem Kampfe teilgenommen. Aber unsere Flandernfront steht trotz des Verlustes einiger Dörfer und Höfe an sich unerschütterlich fest. Der Feind ist seinen Zielen, der Erreichung der flandrischen Küste zur Unschädlichmachung unserer U-Boote, nach wie vor fern. In Erkenntnis ihrer nutzlosen und verlustreichen Angriffe in Flandern haben die Engländer jetzt bei Cambrai erneut die Entscheidung. Auf die tagelange Feuernorbereitung, die bisher ihren Angriffen vorausging, haben sie diesmal verzichtet. An ihre Stelle ist der Masseneinsatz von Tanks getreten. Trotz ihrer Wasse aber haben die Tanks die Hoffnungen, die England auf dieses Kriegsmittel gesetzt hat, nicht erfüllen können. Ein Opfer unserer erfolgreichsten Abwehr, liegen sie zerstört auf dem Kampffelde. (Lebh. Beifall.) Die englischen Anfangserfolge wurden durch das Eingreifen unserer Reserven pariert. Die Schlacht ist noch in vollem Gange. Aber unsere Führer und Truppen sehen dem siegreichen Ausgang mit berechtigtem Vertrauen entgegen. (Lebh. Beifall.) Die Franzosen haben nordöstlich von Soissons und Verdun örtliche Erfolge gehabt. Diese auszubenten, ist ihnen aber nicht gelungen, da auch hier schnelle Gegenzüge unserer Führung dem Feinde jede strategische

Auswertung verweigert haben. Die kriegerischen Ereignisse im Osten, die zur Eroberung von Riga und Jakobstadt führten, sind in Ihrer aller Gedächtnis. Das ruhmreiche Vordringen der verbündeten Armeen in Italien hält die Welt noch heute in Spannung. Ueberwältigend wurde dort in überraschend schnellem Durchbruchangriff durch schroffes Gebirgsgebiet geleistet. Das italienische Heer hat einen erheblichen Teil seines Mannschaftsbestandes und mindestens die Hälfte seiner sämtlichen Kriegsmittel eingebüßt. Es hat reiche Vorräte liefernde Landstriche verloren. Die Beute zu bergen, ist bisher noch gar nicht möglich gewesen. Wenn wir den gesamten Gewinn in Geld umrechnen wollten, würden wir mit einem sich auf Milliarden beziffernden Gewinn rechnen können. Ein weiterer Erfolg unserer Siege vom Monzo bis zur Piave war für uns die wirksame Entlastung unserer Westfront. In gleicher Weise macht sich dieser Sieg auch im Mazedonien fühlbar; denn der Feind scheint jetzt die geringen Erfolge, die er westlich des Dohrida-Sees errungen hatte, freiwillig wieder aufgeben zu wollen. Von der Sinai-Halbinsel aus operieren die Engländer gegen die türkischen Truppen in Palästina und haben dort anfangs gewisse Erfolge zu erringen vermocht. Von Einfluß auf die militärische Gesamtlage sind diese Erfolge jedoch nicht. Mit den Kriegsausplätzen in Kleinasien und im Irak hat sich die Lage nicht geändert. Unsere Kriegsmarine hat die auf ihre junge Kraft gesetzten Hoffnungen durchaus erfüllt. Die Hochsee-Flotte, deren rastlose Tätigkeit, die sich vielfach dem Blick der Welt entzieht, hat den Dank des Vaterlandes verdient. Sie hat nach längerer Pause seit der ruhmreichen Schlacht bei Stagera, bei der Wegnahme der Inseln Dejel, Dagö und Moon, in vorbildlicher Zusammenarbeit mit dem Heere und bei den kurzen erfolgreichen Gefechen in der deutschen Bucht der Nordsee gegen erhebliche Uebermacht ihre stete Kampfbereitschaft von neuem erwiesen. Als Schutz und Rückhalt steht sie hinter unserem U-Booten. Sie deckt ihre Stützpunkte und sichert ihnen den Weg in das freie Meer. Der U-Boots-Geheimdienst ist planmäßig seine gewaltige Wirkung. (Lebhafte Beifall.) Er war und ist das einzige erfolgreich durchgeführte Mittel des uns ausgesetzten Wirtschaftskrieges gegen die führende Macht unserer Gegner, um sie in ihrem Lebenswerk zu treffen. (Beifall.) Er richtet sich gegen den feindlichen und in feindlichen Diensten fahrenden Schiffsraum. Wenn auch unsere Gegner seit einiger Zeit die geliebten Bestände ihrer Handelsflotte mit neutralen Schiffen, die sie durch Hungerblockade und andere Druckmittel gewaltsam erpreßt haben, auszufüllen suchen, so läßt sich dieses Verfahren doch nicht beliebig fortsetzen und wird bald seine Grenze erreichen, und bei noch so angespanntem Schiffsbau auf den Werften unserer Gegner wird die Verkehrtungsziffer die Neubauziffer stets übersteigen. So geben alle Beobachtungen den überzeugenden Beweis, daß der U-Boots-Handelskrieg das ihm gesteckte Ziel erreichen wird.

Wir können nicht der Kriegslage gedenken, ohne uns mit dem Gefühl unauflöslichen Dankes derer zu erinnern, denen wir diese Erfolge und unsere günstige Lage verdanken: unserer siegreichen und glorieichen Armee, ihrer genialen Führung und der heldenmütigen Truppen. (Beifall.) Wenn ich bei diesem Anlaß ganz besonders auch der Truppen an der Westfront gedenke, die in hingebender Treue und zäher Beharrlichkeit seit mehr als drei Jahren einer ungeheuren Uebermacht an Menschen und Material Trotz bieten, so geschieht dies gewiß nicht, um die unvergleichlichen Verdienste der Armeen zu schmälern, die gemeinsam mit unseren treuen Verbündeten einer Lawine gleich, durch unzugängliche Gebiete in die Gefilde Oberitaliens eingedrungen sind, um das treulose Italien zu züchtigen. Aber Sie wissen, keine unserer siegreichen Offensiven, weder die in Rußland und Serbien 1915, noch die in Rumänien 1916, noch der gegenwärtige siegreiche und neu siegesverheißende Erfolg in Italien hätten mit solcher Kraft durchgeführt werden können, wenn nicht die eberne Mauer im Westen auch den schweren Stürmen standgehalten hätte. (Beifall.) Unvergessen sei auch die heldenmütige Tapferkeit unserer Schutztruppen in Ostafrika (Lebhafte Beifall) mit den braven Aufsehlern und Eingeborenen.

Das Volk in der Heimat ist vom gleichen Siegeswillen erfüllt, wie das Heer, und ihm gilt mein Dank. Ruhig und stetig errät es Entbehrungen und Widerwärtigkeiten, die der Krieg mit sich bringt. Zielbewußt und opferbereit drängen sich die Frauen zu der Arbeit heran, von der die Männer abberufen worden sind. Die Bevölkerung zeigt sich im Wettbewerb bereit, die Kräfte des wirtschaftlichen Lebens anzuspinnen, um das Höchstmögliche zu leisten. Unsere Methode der Kriegsfinanzierung hat sich in erfreulicher Weise bewährt. In regelmäßigen Erfolgen hat das Reich bisher siebenmal an das deutsche Volk appelliert, ihm die Mittel zur Fortsetzung des Krieges bereitzustellen. Alle Kreise des Volkes haben miteinander gewetteifert, damit jeder nach seinen Kräften dazu beitrage, Summen, die in den hinter uns liegenden Friedensjahren geradezu phantastisch erschienen wären, zusammenzubringen. Nahezu 73 Milliarden Mark sind bisher durch freiwillige Zeichnungen aufgebracht und zu Zwecken des Krieges verwandt worden. (Bravo!) Wenn ich an dieser Stelle allen denen, die zu dieser großartigen Leistung beigetragen haben, den Dank des Vaterlandes ausspreche, so geschieht es nicht, weil erwartet werden konnte, daß sie, ohne daß dieser Dank ausgesprochen würde, nicht das gleiche auch fernherhin im Interesse des Vaterlandes getan haben würden. (Bravo!) Der zuletzt von dem hohen Hause bewilligte Kredit nähert sich seiner Erschöpfung. Ich habe deshalb die Ehre, dem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung einen Nachtragset mit einer neuen Kreditforderung in gleicher Höhe wie die letzte vorzuschlagen. Ich bitte, der Reichstag wolle durch seine Zustimmung wiederum zu erkennen geben, daß auch er zu jedem Opfer bereit ist, daß auch er des unentbehrlichen Willens ist, alles zu tun, um die Mittel zur Fortsetzung des Krieges bereitzustellen. Die Flüssigmachung des Kredits, zu dem die Vorlage mich ermächtigen soll, wird in derselben Weise erfolgen, wie bisher. Daß der Krieg, zumal ein so furchtbarer Krieg, wie ihn die Welt bisher nicht kannte, nicht nur tiefe Spuren im Volksleben zurücklassen, sondern auch neue Aufgaben stellen und zu

Neugeschaffungen hinführen werde, das mußten wir erwarten auch ohne daß uns die Geschichte in früherer Zeit darauf vorbereitet hätte. Ein ungeheures Erleben hat unser gelantes Volk erlebt, und ihm mehr als je das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit eingeprägt. Die Begriffe von Volk und Staat, von Vaterland und Nation, sind nicht mehr ein überkommenes Besitztum, das wir gewohnheitsmäßig weiterführen. Jeder einzelne des gesamten Volkes hat sie als sein eigenes Eigentum und in ihrem ganzen Werte erfaßt, seit dem Tage, da sich das gesamte Volk wie ein Mann erhob, seitdem unsere Kämpfer an der Front tagtäglich ihr Leben für das Vaterland einsetzten, und nicht nur der Arbeiter in der Werkstatt, auch der Landmann hinter dem Pfluge, wissen, daß auch sie ein Teil des etnen Ganzen sind, wertvolle Glieder des Staates, unter dessen Schutz sie im Frieden ihrer Beschäftigung nachgehen und den sie jetzt recht eigentlich für ihre Sache, ihr Besitztum erkannt haben. (Bravo!)

Daher dem auch das große Interesse, das allerorts für die staatlichen Institutionen sich zeigt. Man tritt an sie heran mit der Frage, ob sie die Probe, auf die der Krieg sie gestellt hat, bestanden haben, oder ob sie neuen Einrichtungen Platz machen müßten. Hier vor allem gilt es, das Richtige zu erkennen und das Erkannte mit fester Hand durchzuführen. Es gilt, sich nicht von Schlagworten leiten zu lassen und Einrichtungen fremder Nationen slavisch nachzuahmen. Es gilt, das zu tun, was den realen Bedürfnissen unseres Volkslebens, was dem deutschen Geiste und der deutschen Eigenart entspricht. (Beifall.) In den Grundlagen unserer Verfassung kann und soll nichts geändert werden. Sie ist recht eigentlich aus dem geschichtlich gewordenen Charakter des deutschen Volkes und seiner verschiedenen Stände hervorgegangen und die parlamentarische Vertretung im Reichstage steht auf denkbar breiter Basis. Wenn neue Aufgaben sich ergeben, wenn neue Bedürfnisse sich herausstellen sollten, im Rahmen der Reichsverfassung, so wird die Reichsleitung Wünsche und Anregungen, die aus diesem hohen Hause ihr zukommen, jederzeit, das bin ich gewiß, ein geneigtes Ohr leihen und sie sachgemäß prüfen. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialpolitik, mit der Deutschland allen Ländern der Welt vorangeht, an deren ersten Anfängen ich als Reichstagsabgeordneter mitarbeiten konnte, in der bisherigen Weise fortgeführt und nach Bedarf weiter ausgebaut werden wird. Dem Reichstage wird bei seinem nächsten Zusammentreten der Entwurf zu einem Gesetz, betreffend die Errichtung von Arbeitsämtern vorgelegt werden (Beifall), der an die Arbeiten der Reichstagskommission vom Jahre 1910 anknüpft. (Lebh. Beifall.) Ebenso wird ein Gesetzesentwurf vorbereitet, in dem die Beschäftigten zur Koalitionsfreiheit durch den § 153 der Reichsgewerbeordnung heiligt werden sollen. (Lebh. Beifall.) Auch dieser Entwurf wird dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentreten vorgelegt. Daß auch die Regierungen der Bundesstaaten die gleichen Auffassungen teilen, die ich Ihnen lobend entwickelt habe, ist sicher. Sie alle wissen, in welcher großzügiger Weise im mächtigsten deutschen Bundesstaate die Initiative zu einer weitreichenden Reform von der höchsten Stelle aus ergriffen worden ist. Ich brauche an dieser Stelle nichts weiter über diesen Gegenstand zu sagen.

Was die Zensur betrifft, so bin ich gern bereit, der freien Meinungsäußerung zu ihrem Rechte zu verhelfen, soweit dem nicht Interessen des Vaterlandes und der Kriegsführung entgegenstehen. Gewisse Sanktionen haben sich ja im Laufe der Zeit ergeben, ob Mittellungen und Erörterungen, die sie bringt, für unsere militärischen Interessen nützlich oder schädlich sind. Insofern Bedarf es der Führung und Kontrolle gegenüber den strengen Zensurmaßnahmen. In den anderen Ländern sind wir ja heute schon in der Lage eines Spielers, der genötigt ist, mit offenen Karten zu spielen, während die Gegner die übrigen sorgfältig verdeckt halten. Jeder von Ihnen, meine Herren, hat gesehen, wie kategorisch Herr Clemenceau noch jüngst jede Milderung der Zensur abgelehnt hat. Derselbe Clemenceau, der als Herausgeber des „Somme echaine“ mit der größten Erbitterung gegen die Zensur kämpfte. (Seitertzeit. Hör, hör!) Es ist aber mein ernstes Betreiben, Mißstände und berechtigter Klagen abzuschaffen und ihrer Wiederkehr vorzubeugen. In diesem Sinne haben daher bereits Verhandlungen mit den zuständigen militärischen Stellen stattgefunden, deren Ergebnis ein Erlaß des Herrn Kriegsministers vom 18. November ist, der den Wünschen der Presse und des Reichstages Rechnung trägt hinsichtlich des Verbots von Zeitungen und der Anbahnung eines engeren Verhältnisses zwischen Herausgebern und der Zensur. Ich bin ernsthaft bestrebt, auf diesem Wege fortzuschreiten, die von mir beklagten Mißstände tunlichst aus der Welt zu schaffen und allen Wünschen entgegenzukommen. Ich hoffe, daß es mit der Zeit und gutem Willen uns allen gelingen wird, annehmbare Zustände herbeizuführen. Ein Gleiches gilt auch vom Vereins- und Versammlungswesen. Ich möchte an Sie mit allem Ernste und Nachdruck nur die Bitte richten: Lassen Sie bei den bevorstehenden Verhandlungen alle Meinungsverschiedenheiten zurücktreten. Zu der Austragung von Parteigegenständen ist nach dem Kriege Zeit genug. (Beifall. Zurufe bei den Unabh. Soz.) Jetzt gilt es, einig und fest zusammenzusehen, bis der Sieg errungen ist. Daß Sie den Sieg nicht mit den Waffen erringen können, beginnen auch unsere Feinde bereits einzusehen. Sie klammern ihre Hoffnung an den vermeintlich bevorstehenden inneren Zusammenbruch, ohne Kenntnis unserer inneren Verhältnisse, unseres parlamentarischen Lebens, unseres freiheitlich gerichteten Vereins- und Versammlungslebens. Mißachtet von einer abhängigen und beherrschten Presse wollen sie in vorübergehenden Einzelnorgängen die Symptome einer beginnenden inneren Zerfahrenheit sehen. Helfen Sie diesem Wahn zu zerstreuen. Zeigen Sie durch die einheitliche Gesichtslosigkeit, mit der Sie zur Reichsleitung stehen, daß es in Deutschland zurzeit nur einen Gedanken gibt, der alle Herzen erfüllt, den Gedanken an das Vaterland, daß nur ein Gedanke, ein Wille aller Glieder des Volkes herrscht: Der Wille durchzuhalten und auszuhalten bis zum Ende. (Beifall.)

Und nun gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur allgemeinen Weltlage. Von meinen hochverehrten Amtsvorgängern habe ich ein kostbares Erbe übernommen, die Pflege unseres Freundschaftsverhältnisses zu Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien. Unsere Bündnisse mit diesen drei Staaten sind zu verschiedenen Zeiten geschlossen worden, gemeinsam aber ist ihnen das Ziel, die Verwirklichung der nationalen Ideale, die Sicherung des territorialen Besitztums und die Abwehr feindlicher Angriffe. Der überragende Wert dieses Zieles hat unsere Entschlossenheit gestiftet in dem langen blutigen Ringen und wird sie uns erhalten bis zum Ende des Kampfes. (Beifall.) Unseren treuen Verbündeten, mit denen die Verteidigung der geheiligten Güter uns zusammengeführt hat, mit denen vereint auf den Schlachtfeldern und in der Heimat Taten von unvergleichlicher Größe durchgeführt worden sind, gelten mein Dank und meine Bewunderung. (Lebhafte Beifall.)

Nun bin ich, in der Lage, dem Hause eine wichtige Neuigkeit mitzuteilen. (Bewegung.) Rußlands Regierung hat gestern von Saratofe Selo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Trojka, und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Herrn Lenin, unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. (Lebhafte Beifall.)

Meine Herren! Ich sehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekanten Vorschlägen der russischen Regierung diskutabile Grundlagen für die Aufnahmeverhandlungen erblickt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. (Wiederholter Beifall.) Ich hoffe und wünsche, daß diese Vorschläge bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden. (Beifall.) Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgen wir die weitere Entwicklung des schwer gepreßten russischen Volkes. Möchte ihm bald die Wiederkehr geordneter Verhältnisse beschieden sein. Wir wünschen nichts mehr, als zu den alten nachbarlichen Beziehungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, zurückkehren zu können. (Zustimmung.) Was die ehemals dem Zepher des Jaren unterworfenen Länder, Polen, Litauen und Kurland, betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. (Lebhafte Beifall.) Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestaltung geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Abgesehen von den Dingen hier noch völlig in der Schwebelage. Nachrichten, welche vor einiger Zeit durch die Presse gingen, als ob in einem Punkte eine feste Abmachung getroffen worden sei, sind den Tatsachen vorausgeeil.

Anders ist unsere Lage gegenüber von Italien, Frankreich und England. Seitdem wir und unsere Verbündeten uns in der Antwort auf den Friedensappell des Papstes auf den Baden der päpstlichen Note vom 1. August dieses Jahres gestellt haben, war freilich dem berückichtigten Gedanke, daß es gelte den den Frieden der Völker bedrohenden deutschen Militarismus zu vernichten, jeder Boden entzogen. (Sehr richtig!) Umgekehrt hat sich aber herausgestellt, wo in Wahrheit Friedensmörder der Militarismus zu suchen ist. (Sehr richtig!) In seiner Rede vom 28. Oktober dieses Jahres hat der italienische Minister Sonnino den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung ausdrücklich abgelehnt. (Sehr richtig!) Der Grund hierfür ist bezeichnend genug: man könnte die lebenden Heere nicht entbehren mit Rücksicht auf die inneren Gefahren (Hört, hört!) und Herr Clemenceau geht in seinem Journalismus so weit, von der friedlichen Völkergemeinschaft der Zukunft, wo das Recht an die Stelle der Waffengewalt treten soll, ausdrücklich Deutschland und Oesterreich-Ungarn auszuscheiden. Lloyd George endlich erklärt Hilly und Har als Zweck des Krieges die Vernichtung des deutschen Handels. Der Krieg muß fortgesetzt werden, bis dieses Ziel erreicht sei. Wo in Wahrheit die uns tatsächlich zugesicherte Eroberungslust zu suchen war, das wird jetzt durch die seitens der russischen Regierung begonnene Beschäftigung der kriegsleitenden abgeklärten Geheimen Verträge vor aller Welt ins hellste Licht gesetzt. (Leb. Zustimmung.) Unser Kriegsziel war vom ersten Tage an die Verteidigung des Vaterlandes, die Unzerstörbarkeit seines Gebietes, die Freiheit und Unabhängigkeit seines wirtschaftlichen Lebens. (Beifall.) Darum konnten wir den Friedensruf des Papstes begrüßen. Der Welt, aus dem die Antwort auf die Papstnote hervorgegangen ist, ist heute noch lebendig, aber das mögen sich die Feinde gelagert sein lassen, die Antwort behauptet keinen Preis für feindliche Verlangung des Krieges. (Stimmlose Zustimmung.) Für die Fortsetzung des entsetzlichen Mordens und der Zerstörung unermesslicher Kulturwerte, für das wahnwitzige Selbstzerstören Europas tragen die Feinde allein die Verantwortung und sie werden auch die Folgen zu tragen haben. (Wiederholter Beifall.) Möge sich das insbesondere Herr Sonnino gelagert sein lassen. Häuten die italienischen Wächter, die die unglückliche Bevölkerung des durch tausendfache Ermordungen so schönen Landes in den Krieg getrieben haben, die ausgeprägte Friedenshand des Papstes ergreifen, die fürchterliche Niederlage seines Heeres mit allen ihm daran knüpfenden Folgen nicht bekommen. Möchten sich das seine Feinde zu Warnung dienen lassen, damit sie endlich der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör geben.

Timborn (3.): Zum Reichstanzler ist der jüngere langjährige Vorsitzende unserer Fraktion ernannt worden. Zu seinem Stellvertreter im Reich und in Preußen zwei hervorragende Parlamentarier. Diese Ernennung führt zu engerer Zusammenarbeit zwischen Regierung und Volk. Das ist der deutsche Parlamentarismus, wie er der deutschen Geschichte und Gegenwart entspricht. Wir lehnen jeden Bergewaltigungs- und Eroberungsfrieden, aber auch jeden Verzichtfrieden ab. Die Anstrengungen des Reichstanzlers über unser Verhältnis zu Rußland haben unsere Beifall. Unsere Stellungnahme zur russischen Revolution ergibt sich aus den früheren Erklärungen unserer Fraktion. Wir betrachten es als selbstverständlich, sie im Einvernehmen mit den gelegentlichen Faktoren in Preußen zu erzielen. Die Beziehungen der politischen Jugend und unparteiische Handhabung des Rechts- und Versammlungsrechtes haben wir stets gebilligt. Wir begrüßen das auf diesem Gebiete Erreichte und erwarten, daß auf dem begonnenen Wege fortgeschritten wird. Wir befürworten die Einigung zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den Arbeitgebern. Wir hoffen, daß dem deutschen Volke jetzt eine kraftvolle Führung ersanden ist und bringen ihr volles Vertrauen entgegen. Jener Geistlosigkeit und Einseitigkeit sind nötig, um den Krieg zum heillosen Ende zu führen. Möge es dem Reichstanzler vergönnt sein, recht bald dem Vaterlande einen gerechten und ehrenvollen Frieden zu geben.

Scheldewann (20.): Ich will zunächst unserer Freunde Nachricht geben über die Mitteilungen, die aus der Reichstanzler Regierung in Rußland. Ich werde im Laufe meiner Ausprägungen darauf zurückkommen. Im übrigen möchte ich mich der Anstrengungen des Reichstanzlers und des Kollegen Timborn an in denen sie unsere Kräfte, die dringende unablässig Ganges begleitet haben und weiter führen müssen, unsere herzlichsten Dank ausdrücken. Ich beglücke mich nicht damit, ihnen Dank zu sagen für ihre großen Verdienste, sondern mir ihnen aus dem Bewußtsein, daß wir alles tun werden, was in unserer Kräfte liegt, um ihre Lage zu erleichtern und dafür zu sorgen, daß der Krieg so rasch wie möglich ein Ende bereitet werde! In dem Moment, die jetzt an der Spitze des Reiches und der preussischen Staatsregierung stehen, sehen wir Mitglieder von Parteien, mit denen wir jahrelang unerschütterliche Freundschaftsbeziehungen haben und mit denen wir in aller Hinsicht, die über oder unter liegen mag, wahrhaftig wieder solche Kampfe führen müssen. Was uns von ihnen trennt, trennt, vergessen wir keinen Augenblick. Ich stelle ausdrücklich fest, daß unsere politische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nicht im geringsten beeinträchtigt, sondern nach jeder Richtung durchaus sicher ist. Meine Partei hat allezeit den Standpunkt eingenommen, daß der Parteikampf nicht Selbstzweck ist. Der Zweck konnte nur das politische Ziel sein. Wenn von anderen Parteien oder der Regierung etwas geschieht, was wir für einen Fortschritt halten, dann haben wir sie stets darin unterstützt. In einem solchen Falle wären wir sogar bereit, mit den Herren Konserverativen zu gehen. Freilich wird dieser Fall nach menschlichem Ermessen niemals eintreten, weil die Herren offenbar nicht anders können als — ich will mich vorsichtig ausdrücken — nicht gerade geräuschlos hinter dem Wagen der Entwicklung einherzulaufen. Die neue Regierung betrachtet uns als Fortschritt, vorausgesetzt, daß sie ihr Programm hält. Wir betrachten als Fortschritt schon die Art, wie die neue Regierung zustande gekommen ist. Weil dieser Fortschritt unsere Mitwirkung erforderte, deshalb haben wir fleißig mitgearbeitet. Wir wollen aber auch dazu helfen, daß dieser Fortschritt beständig noch weiter entwickelt wird. Wenn nicht gerade ein Wunder geschieht, dann wird wohl Herr Dr. Michaelis der letzte Reichstanzler gewesen sein, der als Ernannter geradezu in dieses Haus kommen konnte, ohne sich vor der Annahme seines Amtes auch vergewissert zu haben, daß er hier eine Mehrheit finden werde, auf die er sich stützen könnte. Der erste Maßgeber des Staatsoberhauptes muß eine Politik treiben, die von der Volksoberzeugung verstanden wird, sonst hat er keinen Beruf verfehlt. Denn eine Politik, die von der Volksoberzeugung nicht verstanden wird, wird auch vom Volke nicht verstanden. Eine Politik, die sich nicht auf die breite Masse stützen kann, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das ist die demokratische Erziehungsaufgabe des letzten Regierungswechsels, die wir nicht verfehlen, aber auch nicht verkleinern wollen, weil wir sie sonst aus Achlosigkeit wieder verlieren könnten. Und so sagen wir: auf dieser einmal betretenen Bahn gibt es kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vorwärts. Daß das noch viel zu tun ist, wurde uns durch die Ausführungen des Herrn Präsidenten heute ausdrücklich zu Gemüte geführt.

Wir haben den Herrn Kollegen Payer für die Regierung gewonnen, aber den Vizekanzler v. Payer für den Reichstag verloren, weil er nach unserer Verfassung nicht gleichzeitig Mitglied des Reichstages und des Bundesrats sein kann. Das ist in diesem ganz besonderen Falle ganz außerordentlich bedauerlich. Es ist im allgemeinen auch zweifellos ein ganz unhaltbarer Zustand, der übrigens nicht einmal in Preußen möglich ist. Wir müssen den größten Wert darauf legen, daß Minister und Staatssekretäre, die aus dem Reichstag genommen werden, nach ihrer Berücksichtigung oder Amtübernahme nicht in der Verletzung verharren, sondern ihren Platz als Volksvertreter hier sofort wieder einnehmen. Daß die neue Regierung die erste in der Hauptsache parlamentarische Regierung ist, war für uns ein Grund, ihr Zustandekommen mit zu fördern. Es ist aber nicht richtig, wenn wir sagen würden, mit dieser Regierung gehen wir durch Dick und Dünn, weil sie in der Hauptsache eine parlamentarische Regierung ist. Gerade im Wesen des parlamentarischen Systems liegt es, daß eine Regierung in erster Linie von den Parteien unterstützt wird, aus denen sie gebildet ist, und erst in zweiter Linie auch von solchen Parteien, die an dem Fortbestande einer solchen Regierung ein tatsächliches Interesse haben. Man kann nun Opposition zu jedem Preis machen, und da wird es nicht schwer sein, Punkte zu finden, bei denen man einhalten kann, bei denen man der Regierung nicht zustimmt oder bei denen sie einem nicht weit genug geht. Das zu tun, ist nicht unsere Pflicht. Sollten sich aber Meinungsverschiedenheiten unüberbrückbarer Art herausstellen, würde die Regierung etwas tun, was nach unserer Überzeugung mit dem Volkswillen unvereinbar ist, oder aber würde sie etwas zu tun unterlassen, was nach dem Stand der Dinge uns in diesem Augenblick unentbehrlich notwendig erscheint, dann werden wir sie natürlich entschieden bekämpfen müssen. Wir wollen, wie ich ausdrücklich betone, diesen Kampf gewiß nicht unbedingungsweise führen, und wenn die Politik der Regierung sich so gestaltet, daß wir ihr vertrauen können, wird das für unser Land das Beste sein. In London hat vor einigen Tagen Lord Balfour eine scharfsinnige Rede gehalten, in der er sagte, ein jedes Land habe seine Pflichten. Das war eine ausgezeichnete Bemerkung. Leider hat Lord Balfour vergessen, einen Unterschied zu erwähnen, nämlich in Deutschland sind die Pflichten längst unterdurch, während sie in England und Frankreich immer noch abzuwarten sind. Woher kommt das? Die Pflichten wissen sehr gut, wenn sie ihre Niederlage bedenken: sie sprechen deshalb auch in zeitweilig recht komisch anmutender Uebertreibung von einer sozialistischen Herrschaft in Deutschland. Sie bilden sich ein, wir hätten durch tatsächliche Schläge und Prüfte, durch Erpressungen, wie sie es nennen, ihren Einfluß gebrochen. Ach nein, diese Erträge wären nicht erreicht worden gegen so starke Widerstände, die sie alle kennen, wenn nicht in den großen Fragen der Kriegspolitik das ganze Volk, von einem kleinen lärmenden Haufen abgesehen, auf unserer Seite stünde. Der kommende Friede muß aber, wenn auch in der Form von Regierung zu Regierung, in der Sache doch geschlossen werden von Volk zu Volk. Das deutsche Volk kämpft nicht für polnische Königsruinen und inländische Herzogtümer, nicht für imperialistische Machterweiterung durch die fremden Länder, wie Belgien, Kurland, Polen, Litauen usw. Ihre Zukunft gestalten wollen, ist ihre eigene Sache, nicht die unsere. Es ist gut, daß der Reichstanzler, als er von dem Waffenstillstandsangebot, das aus Rußland zu uns gekommen ist, sprach, in außerordentlich klarer Weise das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont hat. Dafür sind wir ihm dankbar. Es wird das wahrscheinlich bei den Schwerenörsprechern und sonstigen Heimkriegs-Größerungsparasiten in Deutschland unangenehm empfunden werden, um so angenehmer jenseits unserer Grenzen. Daß Deutschland in wahren Sinne des Wortes einen Kampf um die Grenzen zu führen hatte, ist jetzt noch klarer als je zuvor aller Welt gezeigt worden. Die russische Revolution hat die Geheimdekrete der Entente-Diplomatie aus den Archiven geholt und auf den Tisch der Öffentlichkeit geworfen. Klar ist die Situation jetzt für alle Welt. Eine vielfache Übermacht steht gegen uns, und ihre Pläne waren folgende: Frankreich und England bestimmen die Grenzen im Westen, Seine Majestät der Zar bestimmt die Grenzen im Osten. Jeder sollte sich aus dem lebendigen Leibe des deutschen Volkes ein Stück, so groß wie es ihm beliebt, für alle empfinden die Niederträchtigkeit solcher Pläne, wir alle aber sollten auch jederzeit eingedenk sein des Sprichwortes: Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg auch keinem andern zu! Auch andere Politiker werden sich bis zum letzten Augenblicke dagegen wehren, wenn man ihren Körper mit dem Schwert in Stücke zerschneiden mochte. Darum kämpfen wir gegen jeden Imperialismus drinnen und drinnen. Die deutsche Arbeiterklasse begrüßt leidenschaftlich den großen Schritt zum Frieden, den die russische Revolution getan hat und ist bereit, ihm mit allen ihren Kräften zu unterstützen, und ihm alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Die deutsche Arbeiterklasse erwartet mit Sehnsucht den Tag, an dem die Arbeiter Englands und Frankreichs gemeinsam mit den deutschen Arbeitern für den Frieden arbeiten werden. Die Stunde wird um so früher kommen, je klarer sich zeigt, daß das deutsche Volk keine fremden Freiheiten bedroht, seine eigene aber im Innern um so härter ansieht. Darum ist die Ja-Nein-Frage: Machen Sie Schluss mit Zensur und Besagerungsmaß! Die Kraft des deutschen Volkes wird dadurch nur gewinnen. Sprechen Sie freier für die Dinge, die uns das gemeinsame Wort. Wir erwarten von der Regierung, daß sie durch entsprechende Vertretung des Land vor dem Reichstag. Sehr gut es ist zu wünschen, Herr Reichstanzler! Sie werden alle an ihrer Seite haben, die sich klar darüber sind,

daß unser Volk ohne vollendete Rechtsgleichheit gar nicht mehr bestehen kann. Wir begrüßen die von uns oft geforderte und nun zugesicherte Befreiung aller Hemmnisse der Gewerbeordnung für die leistungsfähige Tätigkeit der Gewerkschaften, ebenso, daß durch die Schaffung von Arbeitsstätten auch der Arbeiterklasse ein Mittel an der Vorbereitung des großen volkswirtschaftlichen und sozialen Gesetzesvorlage eingeräumt werden soll. Wir sehen darin ein Anerkennung des Gedankens, daß die Volkswirtschaft nicht Angelegenheit der Kapitalbesitzer, sondern des ganzen Volkes ist. Noch eine dringende Bitte: Gehen Sie sofort an eine Erhöhung des Soldes für unsere Soldaten und erhöhen Sie ohne Verzug die Rente für die Invaliden der Arbeit. Allen voran steht die Frage der Volksernährung. Die dringendsten Lebensbedürfnisse der Massen können auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen befriedigt werden, wenn nur dem Gesetz Achtung verschafft wird. Aus Gefängnis nicht mit den Demonstranten oder Flugblattverbreitern, aber ins Zuchthaus mit den erschlenen Burken, die das Volk aushungern und auswuchern. Ein wirkliches Ende des ganzen Elends ist erst zu erwarten, wenn wieder Friede ist. Wir werden die Regierung vor allem danach beurteilen, was sie für den Frieden tut. Auf Rußland, das der Welt das Licht eines großen Gedankens vorangebracht, ist nicht der Verkürzer des Krieges. Die Geschädigten werden zuletzt diejenigen sein, die der Arbeiterklasse, dem Sozialismus, dem Völkerrfrieden den Krieg bis ans Ende geschworen haben. Es wird auch ihr Ende sein. Diejenigen sind die aufstrebenden Mächte, die mit der Zukunft im Bunde kämpfen. Möge das deutsche Volk unter ihnen sein. (Die häufig von lebhaftem Beifall unterbrochene Rede wurde am Schlusse stürmisch applaudiert.)

Fischer (30p.): Die innerpolitische Volkspartei bewilligt den angeordneten Kredit. In innerpolitischer Beziehung begrüßen wir die Einbringung der Wahlrechtsvorlage in Preußen. Wir begrüßen auch die Befreiung der ausnahmsrechtlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, die der Reichstanzler in Aussicht gestellt hat, und die Vorlage zur Schaffung von Arbeitsstätten. Wir teilen den Wunsch des Reichstanzlers nach einem vertrauensvollen Verhältnis zwischen Reichsleitung und Volksernennung. Dr. Stresemann (M.): Unsere Stellungnahme zu dem russischen Friedensangebot ist durch die bisherige deutsche Politik gegeben. Regierung und Reichstag werden ein neues Friedensangebot nicht abgeben, aber das russische Volk soll wissen, daß Deutschland die Wiederherstellung der früheren freundschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland wünscht. Die weltpolitische Lage ernahmt zum Burgfrieden. Unter diesem Gesichtspunkt sind meine Freunde mit dem innerpolitischen Programm des Reichstanzlers einverstanden. Wir werden auch der Befreiung des § 153 der Gewerbeordnung zustimmen unter der Voraussetzung, daß die Bestimmungen des Strafgesetzbuches genügende Handhabung gegen den verwerflichen Terrorismus geben. Die preussische Wahlreform kann nicht in diesem Hause entschieden werden, aber sie ist eine deutsche Frage, und von ihrer Lösung wird für den inneren Frieden des Deutschen Reiches unendlich viel abhängen. Der Eintritt hervorragender Parlamentarier in die Regierung ist eine wichtige Grundlage des Zusammenwirkens zwischen Regierung und Parlament.

Graf Westarp (R.): Trotz unserer uneingeschränkten Wertung für die Person des Reichstanzlers müssen wir schärfsten Einspruch erheben gegen die Vorgänge, die zur Entlassung seines Vorgängers und zu seiner Ernennung und der seiner Stellvertreter in Reich und Volk geführt haben. Wir erblicken darin eine nach der Verfassung nicht zulässige Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers unter Ausnutzung der Notlage des Reiches. (Starker Widerspruch und Unruhe links.) Man glaube, die Sozialdemokraten bei der Stange halten zu müssen. Auf die konservative Partei nahm man keine Rücksicht. In der äußeren Politik halten wir eine Festlegung auf die Antwort unserer Regierung auf die Papstnote für ungewisshafte. Alles, was das Schwert errungen hat und noch erringen kann, muß für Deutschlands Interessen nutzbar gemacht werden. Das ist die Sprache, die wir von dem Reichstanzler zu hören gewünscht hätten, und die unter Volk verlangt. Die nächste Gelegenheit dazu wird bei den Verhandlungen mit der russischen Regierung gegeben sein. Durch den Sieg unserer Waffen ist jede Regierung in Rußland jetzt gezwungen, den Frieden zu wünschen. Unter diesen darf nicht wieder durch eine lange unglückliche Grenze gefährdet werden. Wenn es gelingt, mit Rußland zum Frieden zu kommen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Durch solche Reden nicht!), müssen die anderen Feinde auch zum Friedenswillen gezwungen werden. Wir entnehmen den Worten des Reichstanzlers, daß der U-Boot-Krieg fortgeführt werden soll, bis das Ziel erreicht ist.

Freiherr v. Camp (Df.): Der Standpunkt des Abg. Scheidemann bedeutet den Verzichtfrieden. Haase (Unabh. Soj.): Nicht die deutschen Waffen haben den Jansimus geführt, wie Graf Westarp meint, sondern der jahrzehntelange leidenschaftliche Kampf der russischen Arbeiterklasse. Es ist erfreulich, daß der Reichstanzler das Angebot Rußlands als diskutabile Grundlage für Verhandlungen angesehen hat. Aber wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, bisher haben die militärischen Nachhaber bei uns auf das Waffenstillstandsangebot mit großer Zurückhaltung, geradezu feindselig reagiert. Unsere Friedensdemonstrationsveranstaltungen wurden verboten. Die Drohungen mit Zuchthaus und auch mit dem Tode schrecken die Arbeiterklasse nicht. Sie tun nichts anderes, als die Arbeiter in Leids, die man dafür als unsere Busenfreunde feiert. Wie verhält sich unsere Regierung zu dem Friedensplan der russischen Regierung? Wir wollen wissen, was der Reichstanzler unter Selbstbestimmungsrecht der Völker versteht. Er hat uns eine wohlgeleitete und geglättete Rede gegeben, die sich aber im Kern von den Reden seiner Vorgänger nicht unterscheidet. Das ist sehr begreiflich, weil die herrschende Militärpartei Forderungen stellt, die mit jedem Frieden unvereinbar sind. Keine russische Regierung kann Rußland und Litauen preisgeben. Diese Pläne müssen ohne Einschränkung aufgegeben werden, soll die Tür zum Frieden nicht sofort wieder zuschlagen. Wenn der „Vorwärts“ behauptet, die Annerkennung seien erledigt, so ist das eines der hochdiplomatischen lächerlichen Manöver, die bei den Sozialisten im Auslande nur Widerwillen über die Unaufrichtigkeit erzeugen können. Diese Politik ist gefährlich und dient nur zur Verlangung des Krieges. Die angebliche kraftvolle Unterstützung der Volksgewalt durch die deutsche Sozialdemokratie zeigen Sie im vollen Glanze dadurch, daß Sie auch jetzt die Kriegskredite bewilligen. (Rost: Die russischen Sozialdemokraten verteidigen ihr Land auch!) Auch ein Sonderriebe, wenn er zustande kommt, könnte uns nicht befriedigen. Wir wollen den allgemeinen Frieden. Deshalb verlangen wir, daß die Regierung sich klar ausspricht, auch über die Kriegsziele im Westen, im Süden und Südosten. Hat doch Graf Hertling vor einiger Zeit im Ausschuss der bayerischen Kammer sich in einer Weise über Belgien ausgesprochen, die die Behauptung widerlegt, daß die Wiederherstellung Belgiens als selbständiger und unabhängiger Staat beschlossene Sache sei. Dazu kommt ein Telegramm Hindenburgs an die Altsoldaten, worin es hieß, daß unsere rheinisch-westfälische Industrie durch ein englisch-französisch orientiertes Belgien stark gefährdet werde, wie jedermann anerkennen müsse. Wir fordern auch Aufklärung darüber, wie die Regierung zu den bulgarischen Annerkennungsplänen steht. Den Reformen im Innern sehen wir abwartend gegenüber. Bis in die letzten Tage hinein herrschte bei uns jedenfalls noch die reine militärische Diktatur. Heute, die lediglich den Frieden erstreben, werden wegen Landesverrats und versuchten Landesverrats zu Zuchthaus verurteilt. Der Reichstanzler konnte ein ausnahmsgeklärtes Vorgehen gegen uns in Aussicht stellen — er tat das in dem Ausschuss zur Vorbereitung der Antwort auf die Papstnote — ohne daß die Vertreter irgend einer Partei, auch die der Sozialdemokraten nicht, dagegen Einspruch erhoben. Das hat die „Kriegszeitung“ ausdrücklich festgestellt. Das spricht Bände. Die Parteien treten jetzt wieder in den Burgfrieden ein. Der Burgfriede ist aber nichts weiter als politische Willkür und Militärdiktatur. Die Arbeiter wollen Freiheit und Frieden. Es gibt nur einen Weg der Regierung, und den hat uns die gegenwärtige russische Regierung gemeldet, den internationalen Klassenkampf. (Leb. Beifall bei den Unabh. Soj.)

Die deutsche Arbeiterklasse erwartet mit Sehnsucht den Tag, an dem die Arbeiter Englands und Frankreichs gemeinsam mit den deutschen Arbeitern für den Frieden arbeiten werden. Die Stunde wird um so früher kommen, je klarer sich zeigt, daß das deutsche Volk keine fremden Freiheiten bedroht, seine eigene aber im Innern um so härter ansieht. Darum ist die Ja-Nein-Frage: Machen Sie Schluss mit Zensur und Besagerungsmaß! Die Kraft des deutschen Volkes wird dadurch nur gewinnen. Sprechen Sie freier für die Dinge, die uns das gemeinsame Wort. Wir erwarten von der Regierung, daß sie durch entsprechende Vertretung des Land vor dem Reichstag. Sehr gut es ist zu wünschen, Herr Reichstanzler! Sie werden alle an ihrer Seite haben, die sich klar darüber sind,

Scheidemann: Gegenüber dem Abg. Haase stelle ich fest, daß die „Kriegszeitung“ jedenfalls etwas Besseres berichtet hat. Es wurde in dem Ausschuss von Flugschriften gesprochen, die man gar nicht den Unabhängigen an die Reichshöhe gehängt hat, und es wurde gesagt, daß diese nicht ins Meer und in die Marine gelangen dürften. Dem widersprachen wir nicht und betrachteten das als ganz selbstverständlich. Auch die Herren Unabhängigen hätten dem sicherlich nicht widersprochen. Dagegen ist jedes ausnahmsweise Vorgehen gegen die Unabhängigen einstimmig abgelehnt worden. Haase hat weiter den sozialistischen Schriftsteller Hephant (Marxus), dem er überliefert, daß er im Kriege reich geworden ist, vorgebracht, daß er sich an die Bolschewikis in Stockholm herangedrängt habe. Das Gegenteil ist richtig. Hephant ist von den Vertretern der Bolschewikis aufgefordert worden, sofort zu Verhandlungen nach Stockholm zu kommen. Haase wollte sicherlich dem Frieden dienen, aber er hat den Unheimlichen in Frankreich und England ein ganzes Arsenal neuer Waffen geliefert. Der Reichsanwalt hat sich im Sinne der Papstnote für Selbstbestimmung der Völker ausgesprochen. Für den Kollegen Haase ist das nichts, er sagt, er wisse, was gemeint ist. Wenn ich selber eheliche Politik treibe, muß ich auch andere Ehrlichkeit in ihrer Politik zugehen. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialisten.)

Haase: Seinen Reichtum nehme ich niemand übel, es fragt sich nur, ob es Aufgabe eines Sozialdemokraten sein kann, Kriegsspekulation zu werden. Die Kriegskredite werden in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Darauf vertritt sich das Haus am Sonntag 12 Uhr: Dritte Beratung der Kriegskredite, Novelle zur Kohlensteuer. Schluß 7 1/2 Uhr.

Die Kriegslage.

W.B. Berlin, 29. November, abends. (Amtlich.)
Starkes Artilleriefuer bei Poelkapelle.
Westlich von Bourlon ist ein englischer Angriff verlustreich gescheitert.
Von den anderen Fronten nichts Neues.

Wien, 29. November. (Amtlich.)
An der Brenta und auf dem Monte Tomba wurden italienische Angriffe abgeschlagen. Sonst nichts zu melden.

England.

Senkt man in England ein?

Aus London wird gemeldet: Die Tagesensation bildet außer den Meldungen aus Rußland ein Brief von Lord Lansdowne im „Daily Telegraph“ über die Kriegsziele der Alliierten. Das Bedeutsamste an dem Brief ist, daß er als ein Schrei nach dem Frieden bezeichnet werden kann. Lord Lansdowne dringt in seinem Brief darauf, daß die Alliierten bei ihrer Konferenz in Paris nicht nur über eine einheitliche Strategie, sondern auch über einheitliche Kriegsziele nachdenken müßten. Er gibt zunächst eine Uebersicht über die amtlichen Aussagen und Erklärungen der Alliierten. Weiter führt er Meinungen Bethmann-Hollwegs und Czernins an, um zu beweisen, daß die maßgebenden Staatsmänner des Feindes ebenso die Beendigung des Krieges als eine große Notwendigkeit ansehen. Dann wendet er sich gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz über einen etwaigen Boykott. Kein vernünftiger Mensch würde den Handel der Zentralmächte vernichten wollen, wenn sie sich verpflichten, den Frieden zu wahren, und England nicht durch eine feindliche Kombination in den Krieg zu treiben. Nun bleibe noch die Frage der territorialen Ansprüche offen. Eine autoritative Mitteilung darüber finde man in der Note der Alliierten vom 10. Januar 1917. Will aber jemand behaupten, sagt er, daß jene Skizze vollständig ist, oder daß es sich nicht als nötig erweisen könnte, sie neuerdings zu prüfen? Der Wiederherstellung Belgiens müßte allerdings der wichtigste Platz eingeräumt werden. Wenn es aber zu einer durchgreifenden Revision des südöstlichen Europas kommt, könnte man in freimütiger Beratung mit den Alliierten zu einer Verständigung kommen. Bei allen diesen Fragen sind die Alliierten interessiert. Wir beabsichtigen nicht, den Krieg zu verlieren, aber eine Verlängerung desselben kann nur der Ruin der zivilisierten Welt sein und eine endlose Erschwerung der Lasten und der menschlichen Leiden. Die Friedenssicherung ist unschätzbar für die Welt, welche die Lebenskraft besitzt, um daraus Nutzen zu ziehen. Aber was würde die Segnung des Friedens für solche Völker sein, die so stark erschöpft sind, daß sie nicht einmal die Hand ausstrecken können, um die Segnungen zu erfassen? Nach meiner Ansicht ist es, um eine Weltkatastrophe abzuwenden, nötig, dem Krieg schnell ein Ende zu machen. Die Völker auf beiden Seiten müssen einsehen, daß der Krieg schon zu lange gedauert hat. Lord Lansdowne wendet sich dann an Deutschland und meint, daß Deutschland die Ziele der Alliierten falsch aufgefaßt habe, man wolle Deutschland nicht vernichten, ihm nicht seine Großmachtstellung, auch nicht im Handel, rauben und ihm auch keine Regierung gegen seinen Willen aufzwingen.

Trifft diese Meinung zu, dann kann sie von weitrager Bedeutung sein. Es ist die Stimme der Vernunft, die sich in diesen Worten eines der angesehensten englischen Politiker widerspiegelt. Möchte sie in den weitesten englischen Kreisen Gehör finden. Dann würde das Ende des Krieges auf der Grundlage einer Verständigungsfriedens nahe sein.

Aus Süden und den Hamburggebieten.

Freitag, 30. November.

Erhöhte Anzeigenpreise. Die Verlage aller libeckischen Tageszeitungen haben sich durch erneut gemachte Aufkosten und erneute Lohnerhöhungen der Buchdruckergehilfen zu einer einheitlichen Erhöhung der Anzeigenpreise um 5 Pfg. veranlaßt gesehen.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 30. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern entspannen sich am Nachmittag vom Southousterwald bis Zandvoorde lebhafteste Artilleriekämpfe, die namentlich heiderseits von Poelkapelle und nördlich von Ghelvelde mit größter Heftigkeit geführt wurden. Eigene Sturmabteilungen stehen nahe der Küste und an einzelnen Abschnitten des Kampffeldes in die feindliche Linie vor und brachten zahlreiche Franzosen und Engländer ein.

Bei Armentieres, Lens und südöstlich von Arras gesteigerte Feueraktivität.

Auf dem Schlachtfeld bei Cambrai griff der Engländer am frühen Morgen nach heftiger Feuerwirkung unsere Stellungen westlich von Bourlon an. Unter schweren Verlusten wurde er abgeschlagen. Am Nachmittag nahm der Feuerkampf zwischen Tonn und Fontaine wieder beträchtliche Stärke an.

In der Gegend von St. Quentin war die Artillerietätigkeit lebhafter als an den Vortagen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Ein eigenes Sturmtruppenunternehmen nördlich von Bray hatte vollen Erfolg und brachte Gefangene ein. Auf beiden Maasuferten lebte das Feuer zeitweilig auf.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

An vielen Stellen, namentlich im Sundgau rege Tätigkeit der Franzosen.

Seit dem 24. November verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abschluß von der Erde 30 Flugzeuge und 2 Fesselballons. Leutnant Bücker erlangte seinen 30., Leutnant Bongard seinen 25., Leutnant Böhm seinen 24. und Leutnant Klein seinen 21. Aufstieg.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz, in Mazedonien und in Italien keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der Kleider-Wucher.

Fast alle Bestimmungen auf dem Gebiete der Versorgungsregelung trafen daran, daß sie zu spät erlassen worden sind. Vor kurzem erst ist wieder zu einer Bestimmung erlassen worden, die den Stoffverbrauch bei Oberkleidern und Mänteln für Frauen und Mädchen beschränkt, nachdem die Hersteller der Frauenbekleidung über ein Jahr lang eine wahnsinnige Stoffverschwendung getrieben haben: denn schon vor etwa 1 1/2 Jahren, als die Stoffe knapp wurden, setzte die weite Mode ein, doch damals fand sich keine Behörde, die dieser unheimlichen Stoffverschwendung ein Ende machte. Vielleicht hat man damals auch wohl Ermahnungen gehabt, wie sie jetzt die Reichsbekleidungsstelle veröffentlicht, die sich dagegen wendet, daß Frauen und Mädchen sich mit Kleidern aus Seide und Sammet in einer Weise eindecken, die weit über das berechnete Maß hinausgeht. Die Reichsbekleidungsstelle schreibt: „Diese Frauen und Mädchen, die ihren Bedürfnis nach Luxus keinen Zwang anlegen, gefährden durch ihr Verhalten die innere Einheit in unserem Volke, die heute mehr denn je gewahrt werden muß; denn ihr Verhalten erregt bei der minderbemittelten Bevölkerung, die einzig auf die bezugsfähige Kleiderware angewiesen ist, mit Recht große Empörung. Es kann einer kleinen Sonderschicht keinesfalls das Recht zugebilligt werden, einen Bruch zu entfalten, der zu dem Ernst der Zeit in furchtbarem Gegensatz steht. Es ist deshalb angeregt worden, die Seide unter Bezugnahme zu stellen.“ Davon sieht aber die Reichsbekleidungsstelle, wie sie schreibt, „aus wohlwollenden Gründen und im Einverständnis mit den Ausschüssen der Fabrikanten, des Handels und der Verbraucher ab.“

Das ist wieder eine unbegreifliche Kurzsichtigkeit, denn schon längst hätte Sammet und Seide ebenso wie die Tuchstoffe unter Bezugnahme gestellt werden müssen. Eben damit die bescheidenen Kreise nicht die Möglichkeit gehabt hätten, sich neben der Tuchkleidung auch mit Sammet und Seide einzudecken. Eins oder das andere hätte genügen müssen, wobei natürlich die Kaufkraft der verschiedenen Bevölkerungskreise den Abfall der einen oder anderen Ware reguliert hätte.

Freilich stiegen ja die Tuch-, Wolle- und Halbwollstoffe derzeit im Preise, daß es vielen nicht möglich war, sich daraus mit Kleidung zu versorgen, und sie genötigt waren, zu Seide oder Sammet zu greifen, die damals im Preise hinter den anderen Stoffen noch erheblich zurückblieben, aber nun auch so in die Höhe geschossen sind, daß es den minderbemittelten Kreisen unmöglich ist, sich weder in Tuch und Wolle noch in Sammet und Seide zu kleiden.

Im Hinblick auf diese wahnsinnige Preissteigerung für Bekleidungsstoffe wird es interessant sein, einmal einen Blick in die Zeit des Februar vorigen Jahres zu tun. Damals, am 1. Februar 1916 nämlich, haben die Militärbehörden ein Verbot erlassen, wonach Web-, Wirk- und Strickwaren (gleichgültig, aus welchen Spinnstoffen sie hergestellt sind, sowie die daraus gefertigten Erzeugnisse zu keinem höheren Preise verkauft werden dürfen, als der vor dem 31. Januar 1916 bei gleichartigen oder ähnlichen Verkäufen erzielte Preis ist. Hat ein Verkäufer vor dem 31. Januar 1916 den betreffenden Gegenstand nicht gehandelt, so ist der Preis maßgebend, den ein gleichartiges Geschäft innerhalb desselben höheren Verwaltungsbezirks vor dem 31. Januar 1916 für den Gegenstand erzielt hat.“

Und wie ist es gekommen? Folgender von uns schon vor einiger Zeit veröffentlichter Auszug aus der Liste des „Konfektionär“ gibt davon ein Bild:

	Preise in Mark	
	früher	heute:
Tuche, reinw. Kammgarn u. Garbadines	3,00—4,50	40,00—45,00
Halbwollene Stoffe	1,60—2,50	24,00—27,00
Belour	4,50—9,00	40,00—50,00
Wattierleinen	0,80—0,95	zirka 4,00
Wollmuffeln	0,65—1,10	ca. 8,00—10,00
Baumwollmuffeln	0,27—0,28	ca. 4,00—5,00
Futterlaten	0,50—0,65	zirka 5,00
Zellulose	0,35—0,50	zirka 8,00
Wollstoffe	12,00—18,00	50,00—60,00
Kammgarne	6,00—10,00	40,00—50,00
Buellins	3,00—5,00	zirka 25,00
Semdentuche	0,22—0,50	6,00—7,00
Zuschütter	0,08	1,25

Trotz der Verordnung der Militärbehörden haben also unter den Augen der Behörden die Fabrikanten und Händler die Preise auf eine so unheimliche Höhe treiben können. Deber hat auch die Reichsbekleidungsstelle — auch eine der Behörden, die zu spät ins Leben gerufen wurden — nichts tun können, die Preise auf ein vernünftiges Maß herabzuführen. Ja, sie hat es nicht einmal ermöglicht, daß die Waren wenigstens für die minderbemittelten Bevölkerungskreise auf einem Wege vertrieben wurden, die die möglichst geringsten Spefen erfordert hätte. Wir

haben schon im August in einem Artikel ausgeführt, daß die Kriegswirtschafts-Unternehmensgesellschaft (K.W.U.G.) die von ihr erworbenen Waren nur an Fabrikanten und Großhändler abzugeben verweigert, die wieder ihren Mitgliedern und Berufsangehörigen die Waren abläßt, anstatt daß die K.W.U.G. den Tuchhändlern die Ware direkt zuweist. Dadurch mußte die Ware notwendigerweise eine Verteuerung erfahren, denn jedem wurde ein bestimmter Prozentsatz als Verdienst zugewiesen, wonach sich ein Anzug, den Meter Stoff zu 10 M. berechnet, um 14,25 M. teurer stellt, als wenn der Stoff direkt dem Weg zum Konfektionär gemacht hätte. Noch erheblich billiger würde sich der Anzug stellen, wenn der Stoff durch die Berufsvereinigungen direkt an ihre Mitglieder zum Verarbeiten gegeben würde. Dadurch würde sich ein Unterschied im Verkaufspreis von 22,10 M. ergeben. Durch das Verfahren der Reichsbekleidungsstelle werden also Arbeiteranzüge um nahezu die Hälfte, um 45 Prozent, verteuert.

Was soll nun geschehen, um dieser fortwährenden Steigerung der Preise ein Ende zu machen, und was soll geschehen, auch die minderbemittelte Bevölkerung mit der nötigen Kleidung zu versorgen? Ermahnungen an die befreigestellten Kreise, sich nicht so übermäßig einzudecken, fruchten nichts, es müssen andere Maßnahmen ergriffen werden, durch die sowohl der skandalöse Wucher mit Kleiderstoffen bekämpft, wie auch die Kleidernot gemildert wird.

Volksschauung am 5. Dezember. Nachdem die Zustellung der Zählpapiere an die Damen und Herren, die sich für die Zählung als freiwillige Zähler zur Verfügung gestellt haben, beendet ist, werden zu ihrer weiteren Vorbereitung am Sonnabend, dem 1. Dezember, abends 5 1/2 Uhr und am Montag, dem 3. Dezember, vormittags 11 Uhr im großen Saal der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit Zählerversammlungen stattfinden. Die Zähler werden in ihnen nochmals kurz über ihre Obliegenheiten unterrichtet werden; außerdem haben sie die Gelegenheit, Fragen zu stellen und über etwaige Zweifel, zu denen die Zählpapiere Anlaß geben, Aufklärung zu erlangen.

wh. Professor Otto Anthes sprach gestern abend im Marmoraal über den österreichischen Dichter Anton Wildgans. Eingang seiner Ausführungen hob er hervor, daß die Völker Südeuropas wegen ihres leichteren Temperaments auch beweglicher und empfänglicher für Kunst sind als die Nordländer. Das treffe auch auf die österreichischen Dichter gegenüber den reichsdeutschen zu. Aus ihrem Werken klingt die Musik. Nicht nur die Musik der Sprache, sondern auch die Musik der Gedanken. Ob das auf slavischen Einfluß zurückzuführen ist, wage er zwar nicht zu behaupten, aber doch als wahrscheinlich anzunehmen. Das musikalische Element liegt in Oesterreich sozusagen in der Luft. Eine schöne Sprache finden wir bei den Oesterreichern, vor allem auch bei Wildgans. Redner beschränkt das zunächst durch Rezitation einiger Frühgedichte des Dichters. Besonders ergreifend wirkten die „Anderaugen“. Das weiche Entzücken sei ein besonderes Kennzeichen österreichischer Dichter. Aus Wildgans' Werken spreche aber besonders eine tiefe soziale Stimmung. Der Herr Vortragende gab davon eine ganze Anzahl Wildganscher Dichtungen wieder. Aus allen leuchtete eine heilige Verehrung der Natur und eine tiefe Liebe zum Volk. Die sozialen Klänge, die im ersten Gedichtband auftauchen, verfliegen sich im zweiten Band zu einem vollen rauschenden Akkord. Bei der Rezitation des Gedichtes über das „Gefängnis“, sah man ordentlich die Sträflinge im Kreise insajieren gehen. Und wunderbar ergreifend wirkte die Wiedergabe des Gedichtes über die „armen Mädchen“, die den ganzen Tag in der Fabrik schaffen müssen, ebenso eins von den „Menschen, die in den Höfen leben“, etwa mit denen in unseren Lübecker Gassen verleichbar. Diese sozialen Klänge kehren auch wieder in Wildgans' Dramen „Liebe“ und „Kunut“. Im letzterem ganz besonders. Und daneben die Erkenntnis, daß Liebe ein Wunder ist, die unter tausend wirklich und wahrhaftig nur einmal vorkommt. Am Schluß besprach Professor Anthes vor allem das Drama „Kunut“ in eingehender Weise, realisierte besonders ergreifende Partien und erntete reiches Beifall für die literarischen Kostbarkeiten, die er dem großen Hörerhaufe am diesem Abend wieder gespendet hatte.

Arbeitererlebe. Das Opfer eines schweren Unfalles wurde am Mittwoch nachmittag der auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigte Dreher Fritz Maas, wohnhaft Sittenstr. 25. Ein in der Nähe seines Arbeitsplatzes stehendes ca. 15 Zentner schweres Turaxstrahlrad kam auf bisher unauferklärte Weise ins Rollen und fiel ihm in den Rücken. Durch diesen schweren Druck wurde er gegen seine Drehbank gequetscht. Schwerverletzt wurde er nach dem Allgem. Krankenhaus gebracht. Der Arzt stellte bei der ersten Untersuchung Leberdruck und Rippenruche fest. Der Unfall ist um so bedauerlicher, da die Frau des Betroffenen sich auch schon längere Zeit wegen eines schweren Leidens im Allgem. Krankenhaus befindet.

Vorsichtswidrige Brennstofflieferung. Ein Betriebsleiter in Franzenhude hat vor wenigen Tagen eine Sendung von 225 Zentnern Steinkohlen bekommen. Die unter Umgehung der Bestimmungen über Bezugswerte und Brennstoffarten geliefert war. Die Beteiligten mögen sich der fahrlässigen Hoffnung hingeben haben, daß es möglich wäre, mit solchen Beschaffungen durchzukommen. Jetzt müssen sie erleben, daß der gesamte Vorrat auf ihre Kosten aus dem Keller wieder herausbefördert, auf das Lager des zuständigen Händlers gebracht und somit der Allgemeinheit wieder zugeführt wird. Daß die Schuldigen außer dem Verrger noch erhebliche Kosten haben, ist selbstverständlich; vielleicht hat die Angelegenheit auch noch strafrechtliche Folgen.

Weihnachtsfeier der Kriegsbrotbacken. Man schreibt uns: Freie Sonnabend, den 22. Dezember, nachmittags 5 Uhr wird die Kriegsbrotbacken-Vereinigung ihre jugendlichen Mitarbeiter zu einer Weihnachtsfeier nach den Salzwedern laden. Ein besonderer Ausschuss wird die Veranstaltung, die recht stimmungsvoll zu werden verspricht, vorbereiten. Die Teilnahme an der Feier ist jedem Kinde möglich, das einen Gutschein („Eimer“, beim Eintritt abgibt. Mit der Feier wird eine Verteilung von nützlichen Geschenken verbunden sein. Die Anwartschaft auf ein Geschenk haben alle diejenigen, die 50 und mehr Gutscheine sammeln. Diese Gutscheine sind vom 1. Dezember an in der Sammelstelle zur Stempelung vorzuliegen. Für je 50 Gutscheine wird auf einer auszubehandelnden Karte ein Stempelaufdruck angebracht. Je mehr Stempelaufdrucke ein Kind erreicht, desto wertvoller wird das Geschenk sein, das es erhält. Annahmeschluss für abzukommende Gutscheine am 20. Dezember. Alle Teilnehmer an der vielversprechenden Weihnachtsfeier, die kein Geschenk erobert konnten, werden ein Andenken erhalten. Weitere Mitteilungen sollen folgen.

Englischer und französischer Unterricht für Kriegsverletzte. Der Lübecker Landes-Ausschuss für Kriegsverletzte stellt uns mit, daß er auf Wunsch von entlassenen Kriegsverletzten den Versuch machen will, einen wöchentlich zweistündigen englischen und französischen Unterricht zu einer für Geschäftsangehörige besser passenden Zeit einzurichten. Daher werden diejenigen Kriegsverletzten, die sich schon Parabe 1, Zimmer 5, zum Unterrichte gemeldet haben, hierdurch aufgefordert, ihre Anmeldung dort zwecks genauer Angabe ihrer Wohnung und verfügbaren Zeit möglichst bald wiederholen zu wollen.

Hansatheater. In der morgen stattfindenden letzten Aufführung von „Die lebige Ghesan“ wird sich Herr Lender von den Besuchern des Hansatheaters verabschieden. Am Sonntag wird zum ersten Male ein neues Volksstück „Schöne Zeit, o selige Zeit...“ von Bruno Decker, Musik von Walter W. Soeke, gegeben. Bei dieser Gelegenheit wird auch Herr Harald Baumgarten, bisher am hiesigen Stadttheater, vordem an den Vereinigten Stadttheatern in Leipzig engagiert, in der Rolle des Fritz Wilhelm Schrader auftreten. Das neue Volksstück wurde an vielen größeren Bühnen, in Hannover allein über 150 mal, gegeben.

Malen-Gremmshöfen. Genosse Dr. Rud. Schwandt in der Cambraischlacht gefallen. Wieder hat der

graname Kriege unserer Partei einen jungen, vielversprechenden Kämpfer entziehen. Genosse Dr. Schwandt, der nach seinem erst kürz vor dem Kriege abgeschlossenen Philosophiestudium in unsere Partei eintrat, hatte sich mit Feuereifer, besonders schriftstellerisch, der Bewegung gewidmet. Da kam der Krieg und holte den jungen Mademitter zunächst als Landsturmmann nach Rendsburg. In der Sommerschlacht verwundet und nach seiner Wiederherstellung erkrankt, rückte er erst Ende September wieder ins Feld, diesmal als Bataillonschef. Voller Sehnsucht erwartete er den Frieden, um mit Eifer wieder an die Arbeit zu gehen. Da rückte ihn in der letzten großen Schlacht vor wenigen Tagen das tödliche Geschick bei einem Sturmangriff zu Boden. Wir werden sein Andenken in Ehren halten! Genosse Schwandt, der auch mehrfach Artikel für die „Stunde“ schrieb, war gelegentlicher Mitarbeiter unseres Blattes.

Hamburg. Postraub in Lohstedt (Kreis Harburg). Mindestens zwei Personen brachen in das Postamt ein und stahlen das ganze Wertgeld, in dem sich 350 Mk. in bar, 660 Mk. in Postwertzeichen, 760 Mk. in Versicherungsmarken, 4 Einzahlungsbriefe, 2 Geldbriefe über 600 Mk. beim, 750 Mk. sowie ein Wertstück über 8000 Mk. befanden. Dieses Wertstück soll jedoch angeblich 95 000 Mk. in Kassenscheinen enthalten haben. Von den Einbrechern fehlt bisher jede Spur. Der Geldschrank wurde Donnerstag morgen erbrochen in den Ratenstorfer Lannen gefunden.

Glücksdorf. Für Frieden und Freiheit. Eine wirkliche Friedensbewegung veranstaltete die Arbeiterschaft Glucksdorf. Die öffentliche Versammlung, in der Genosse Adler, Kiel über Anzionsfrieden oder Verständigungsfrieden sprach,

war von 800 Personen besucht, darunter auch Angehörige des Büraertums. Die Versammlung stimmte ohne Widerspruch den Ausführungen des Genossen Adler, der einen Verständigungs-frieden und freiwirtschaftlichen Ausbau im Innern forderte, zu.

Glücksdorf. Der harteherzige reiche Hofbesitzer. Als Ende 1914 eine Anzahl ostpreussischer Flüchtlinge in dem Gemeindefeld Herzhorn untergebracht werden mußte und eine arme Flüchtlingsfrau mit zwei Kindern vom Amtsdienner einem wohlhabenden Hofbesitzer zugeführt wurde, ließ letzterer sie vom Hofe jagen. Die Gemeinde hat die Ökonomie dann anderweitig untergebracht und die Unkosten zunächst in Güte, dann im Wege der Klage von dem Hofbesitzer erstattet verlangt. Nachdem letzterer vom Amtsgericht in Glücksdorf entsprechend verurteilt worden, ist kürzlich, wie der „Nord. Kur.“ mitteilt, auch seine gegen dies Urteil eingelegte Berufung verworfen.

Helfen. Vom Zuge überfahren und getötet wurde auf dem hiesigen Güterbahnhof der Hilfskaffner Heinrich Niemann aus Hohen, der während des schmerzlichen Sturmes das Herantommen einer Rangiermaschine überhörte.

bewaffneten japanischen Dampfer „Toma Maru“ (2987 Tonnen) und den amerikanischen Dreimastkahn „Jannie Prescott“ (404 Tonnen). — Unter den versenkten Ladungen befanden sich 3000 Tonnen Kohlen nach Italien und 1800 Tonnen Eisenerz.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine. Genf, 20. November. Eine Savas-Depesche aus Petersburg meldet: Die bis jetzt vorliegenden Resultate der Wahlbestimmungen in der Armee lassen keinen Zweifel mehr, daß die große Mehrheit des Heeres von den maximalistischen Ideen verführt ist und der neuen Regierung jede gewünschte Gefolgschaft leisten wird.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Lämigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Schmidt in Lübeck.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. November. Westlich und südwestlich der Straße von Gibraltar haben unsere U-Boote wieder 5 Dampfer und 2 Segler versenkt, darunter ein englisches Einheitschiff, den bewaffneten italienischen Dampfer „Sorenzo“ (2496 Tonnen), den

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wert-tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

An unsere Anzeigenbesteller!

Infolge der vom 1. November ab wiederum erheblich erhöhten Unkosten, sehen die Verleger der Lübecker Tageszeitungen sich gezwungen,

vom 1. Dezember 1917 ab eine weitere Erhöhung der Anzeigenpreise vorzunehmen.

Die Aufnahmegebühr in den „Lübecker Volksboten“ beträgt von dem genannten Zeitpunkt ab für die einpaltige Zeile:

- für Anzeigen aus Lübeck und Umgegend . . . 35 Pfg.
- für Arbeits- und Wohnungsanzeigen aus dem gleichen Gebiet 25 Pfg.
- für Anzeigen von auswärts, einschließlich Stellen- und Wohnungsanzeigen aus diesen Gebieten 45 Pfg.

Lübeck, 30. November 1917.
Der Verlag des „Lübecker Volksboten“.

Bekanntmachung.

Nach der Bekanntmachung vom 7. August 1917 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 187) werden sämtliche Säcke, die mit Ware gefüllt von den Verbrauchern einschließlich Sach erworben sind oder erworben werden, nach Entleerung für die Reichs-Sackstelle in Anspruch genommen.

Die Säcke werden von den mit der Einziehung der Säcke beauftragten und mit einem Ausweis versehenen Sachhändlern (mit der Wirksamkeit als Unterfahrmittelstellen) eingesammelt. Erfolgt die Abholung nicht binnen 14 Tagen nach der Entleerung der Säcke, so ist der zuständige Sammelstelle hiervon Anzeige zu erstatten. Der Verbraucher ist berechtigt, die leeren Säcke auch unmittelbar der Sammelstelle zu übergeben. Soweit bestimmten Industrien das Recht zum Rückkauf der leeren Säcke übertragen ist, sind letztere an die Industrien zurückzuführen.

Eigentümer von Säcken, welche die vor der Reichs-Sackstelle in Anspruch genommenen Säcke dem mit amtlichem Ausweis versehenen Beauftragten der zuständigen Sammelstelle vorrathalten oder bei Nichtabholung die erforderliche Anzeige bei der zuständigen Sammelstelle unterlassen, werden gemäß Bekanntmachung des Bundesrats vom 27. Juli 1916 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Mk. 15 000 bestraft.

Als Vergütung für die Abgabe der leeren Säcke erhält der Verbraucher die vom Reichskanzler in der Bekanntmachung vom 1. 8. 1917 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 192) festgesetzten Höchstübernahmepreise. Die Zahlung erfolgt sofort bei Empfang der Ware gegen Quittungslieferung.

Für den Bezirk Stadt Lübeck einschließlich des Eingemeindungsgebietes ist die Firma Otto Christensen als Sammelstelle bestellt worden, die ihrerseits den Kaufmann B. Tesmer, Lübeck, Dannewarstraße 15, als Sachhändler (Unterfahrmittelstelle) bestellt hat.

Reichs-Sackstelle.
Pedell.

Vorstehende Bekanntmachung der Reichs-Sackstelle wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Lübeck, den 29. November 1917. (3810)

Das Polizeiamt.

Volkszählung.

Zur Verrechnung der am 5. Dezember fälligen Volkszählung finden am Sonntag, den 1. Dezember, abends 5 1/2 Uhr, und am Montag, dem 3. Dezember, vormittags 11 Uhr, im großen Saal der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit, Königsstr. 3, Zählerversammlungen statt. Die Zähler werden hierdurch zu ihnen eingeladen und gebeten, ein Stück der Zählpapiere mitzubringen.

Das Statistische Amt.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

c. G. m. b. H.

Um Waren, die in unserer

Manufakturwaren-Abgabestelle

Königsstraße 111

noch in beschränktem Maße vorhanden sind, möglichst gleichmäßig allen Mitgliedern zuzuführen zu lassen, werden wir solche Waren nur noch auf unsere Warenarten veröffentlichen. Wir bitten deshalb unsere werthen Mitglieder, bei Ihren Einkäufen in dieser Warenabgabestelle ihre Warenkarte (des Konsumvereins) stets bei sich zu führen.
Der Vorstand.

Spielwaren

Grosstädtsche Auswahl. Uebersichtliche Anordnung.

Im Erdgeschoß für Mädchen, im Zwischenstock und 1. Stock für Knaben.

Bitte beachten Sie auch mein Schaufenster Huxstrasse 6.

Heinr. Pagels

Breite Strasse 91-93.

Huxstr. 3807

6-14.



Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Petroleum.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 1. Mai 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 350) werden für den Verkauf von Petroleum folgende Anordnungen erlassen:

Vom Montag, dem 3. Dezember 1917 ab können auf Abschnitt 3 der abgegebenen weißen Petroleumkarten 7 Liter und auf Abschnitt 3 der ausgegebenen roten Petroleumkarten 4 Liter Petroleum ausgegeben und entnommen werden.

Die Entnahme des Petroleums braucht nicht bei dem Händler zu erfolgen, dessen Name auf der Petroleumkarte angegeben ist, sondern sie kann bei allen Händlern erfolgen, welche Petroleum vorrätig haben.

Die Händler haben, so lange sie Petroleum vorrätig haben, an ihrem Verkaufstisch während der Geschäftszeit ein Schild mit der von der Erache aus deutlich lesbaren Aufschrift „Petroleumverkauf“ anzubringen.

So lange noch Petroleum vorhanden ist, darf die Abgabe gegen Kartenschein nicht verweigert werden. Ebenso ist es verboten, die Abgabe von Petroleum von der Entnahme anderer Waren oder von sonstigen Bedingungen abhängig zu machen.

Die Händler haben die Petroleumkartenabschnitte zu sammeln und sie bis zu dem noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt beim Polizeiamt einzureichen.

Es ist den Händlern streng untersagt, Petroleum ohne Entgegennahme der Kartenschnitte abzugeben. Auch dasjenige Petroleum, das nach Beendigung des Verkaufs gegen Kartenschein bleibt, darf nicht freihändig verkauft werden; das Polizeiamt wird vielmehr Verfügung über die Verteilung auch dieses Petroleum treffen.

Die Händler müssen über den Verbleib des ihnen gelieferten Petroleum jederzeit Rechenschaft ablegen können, widrigenfalls ihre Betätigung und ihre künftige Ausübung vom Petroleumhandel erfolgen wird.

Widerhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 1. Mai 1916 mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

Lübeck, den 30. November 1917. (3818)

Das Polizeiamt.

Ge sucht zum 1. od. 15. Dezbr.

ein ordentl. Tagesmädchen. 3809 Seery Wall, Hufstr. 5 c

Zu sofort oder 1. Januar (380) kleine Wohnung gesucht. Zu erfragen Engelsstr. 17, I.

Gei. z. 1. April eine 2- oder 3-Zimmer-Wohnung, am liebst. mit Gas. Angeb. mit Preis u. A. K. 15 an die Exped. (3814)

Sofort zu verkaufen. 3822 Götterstr. 2.

Reizgeist. bei Morien. m. Jah. serior. n. Bedergrube 8. Gänge. 29. Gänge. 17, I. (3804)

Mehrere Kanarienvögelchen und -hähne zu verkaufen. Zu besichtigen nach 5 Uhr abends. 3819 Bedergrube 73, II, Fl.

Zu kaufen gesucht ein (3816) Schaukelpferd. F. Hinrichs, Roßfinger Allee 43.

Berl. am Donnerstag morgen ein Beiztragen v. Gg. Lohberg n. Gleichengüterstr. Abzug geg. gute Beiztr. Gg. Lohberg 24/13. (3815)

Schönes Schwarzjauer Karl Labrtz, 14-16. (2823)

Lehrerseminar zu Lübeck.

3806

Schüler und Schülerinnen, die Ostern 1918 ins Lehrerseminar aufgenommen werden wollen, können sich werktäglich von 12-1 Uhr beim Unterzeichneten im Seminargebäude, Langer Lohberg 24, anmelden.

Dem Aufnahmegesuch sind beizufügen: a) ein vom Bewerber selbst verfaßter und geschriebener Lebenslauf, b) ein Geburts- oder Taufschein, c) die letzten Schulzeugnisse, d) eine Erklärung des Vaters oder Vormundes der Bewerber, daß er sich verpflichtet, die während der Dauer der Ausbildung erforderlichen Mittel aufzubringen, e) (für nicht von hiesigen Mittelschulen Kommende) ein ärztliches Zeugnis, zu dem Formulare vom Unterzeichneten kostenlos zu entnehmen sind.

Direktor Dr. Möbusz.

Visitenkarten

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunnen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Hansa-Theater.

Heute abends 7 Uhr. (3812)

Die ledige Ehefrau.

Stadttheater.

Freitag, den 30. Novbr. 1917: 3. Vorstellung der Lübecker Schauspielergemeinde:

Das Nürnbergisch Ei.

Nur rote Karten haben Gültigkeit.

Sonabend, d. 1. Dezbr. 1917:

Die beiden Schützen.

Sonntag, den 2. Dezbr. 1917:

Die Csardasfürstin.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Nachruf.

Am 28. November starb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Klempner

Gustav Berggren.

Der Verstorbene war uns ein langjähriger lieber Kollege, dessen Andenken wir hoch in Ehren halten werden. (3821)

Die Arbeiterschaft des Drägerwerks.

Spezialgeschäft erstklassiger Vergrößerungen

und Verkleinerungen (ssoo in allen Verfahren ohne Konkurrenz. Weihnachtsamtl. erb. bis 10. Dez. Warnke, Portuälmalerie, nur: Gr. Saubhof 11.

Wird Japan marschieren?

Zu den in den letzten Tagen in der Entente-Pressen aufgetauchten Meldungen von einer wahrscheinlich eintretenden japanischen Waffenhilfe für die Alliierten wird — offenbar von diplomatischer Seite — der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

Die Sachlage für die Entente ist, was die rein zahlenmäßige Überlegenheit anbetrifft, zur Stunde ganz einfach die: sie verfügt nur noch über zwei ausgenutzte Menschenreservoirs, nämlich Amerika und Japan. Amerika sollte das rein physische Übergewicht und dadurch den Sieg bringen. Da bricht plötzlich die italienische Front zusammen, die Entente verliert nicht nur gegen 400 000 Italiener, sondern es werden auch infolge der erheblichen Verstärkung der österreichisch-italienischen Front dreiviertel der bisher auf diesem Kriegsschauplatz gebundenen Kräfte der Zentralmächte frei. Hinzu kommt die wachsende Auflösung des russischen Heeres. Der in Aussicht stehende Kräfteeinbruch der Amerikaner ist zum mindesten ausgeglichen und die „Morning Post“ hat recht, wenn sie vor einigen Tagen den Japanern zurief: „Das Gleichgewicht der Waage, mit der ihr euch identifiziert habt, ist jetzt erschüttert.“ Wenn die Entente an dem Gedanken festhält, das Ende des Krieges durch einen Sieg auf dem Schlachtfelde herbeiführen zu können, dann ist es verständlich, wenn sie nun ihr letztes Kräfte-reservoir, das japanische, ausnützen möchte. Werden die Japaner marschieren?

Dem Japaner sind die europäischen Streitfragen an sich höchst gleichgültig. Er betrachtet Europa als Kontinent der weißen Rasse. Er fürchtet die weiße Gefahr, deren Druck seit Jahrzehnten auf Ostasien gelastet hat und der den ganzen übrigen Teil von Asien beherrscht. Er wundert sich über die Tollheit der Europäer, die ihre besten Kräfte im gegenseitigen Kampf aufreiben, anstatt sich als Weiße zusammenzuschließen und sich für die nach Ansicht aller Japaner einmal kommende Auseinandersetzung mit der gelben Rasse zu rüsten. Der Japaner hofft, daß sich beide Parteien Europas in diesem Kriege möglichst schwächen, und daß, wenn es Sieger und Besiegte geben sollte, der Sieger selbst einen so großen Kräfteverlust erlitten haben wird, daß er Japan nicht mehr einengen kann. Japan, das dem Bunde der Entente beigetreten ist, ist sozusagen im Grunde seines Herzens durchaus neutral, insofern es für keine der beiden Parteien Sympathie hat. Deshalb ist der Gedanke eines militärischen Eingreifens Japans in den Krieg höchst unbeliebt. Das japanische Volk wünscht, daß am Ende des Krieges Japans Kraft ihr Höchstmaß erreicht habe, um gegenüber den geschwächten weißen Völkern seinen Willen durchsetzen zu können. Es wünscht nicht, daß Japans Kraft durch den Krieg geschwächt werde.

Welches sind nun die Mittel, die unsere Feinde anwenden werden, um das Einziehen der japanischen Streitmacht noch zu erreichen? Zunächst die See. Man wird den Japanern die Gefahr eines deutschen Sieges und eines Krieges Deutschlands gegen Japan vorhalten. Mit derartigen Spitzgeschichten ist gegen uns schon viel Schaden angerichtet worden, denn dem Durchschnittsjapaner fehlt noch vielfach das Augenmaß für reale Möglichkeiten. Er versteht nicht, daß, wenn der englische Nachridendienst ihm von einer deutschen Bewegung gegen Asien über Rußland und einem deutschen Strafzug gegen Japan vorerzählt, dies Dinge der Unmöglichkeit sind. Er weiß auch nicht, daß in Deutschland kein Mensch derartige Gedanken hat, denn er ist ein Opfer Reuters und die japanische Diplomatie, die besser unterrichtet sein dürfte, hat mit Absicht oder aus Mangel an Initiative anscheinend versäumt, die Öffentlichkeit in Japan aufzuklären. Unsere Feinde werden ferner in Japan mit Angeboten arbeiten. Sie haben Japan bereits eine Monroe-Doktrin in Ostasien eingeräumt. Aber die japanische Politik verlangt mehr, sie verlangen ein Vormundschaftsrecht ihres Landes über China, sie fordern Kolonisationsmöglichkeiten, sie wünschen Ost- und Südasien als sichere Absatzgebiete zu gewinnen, und sie hoffen,

daß ein Zustand hergestellt wird, der allen Völkern der gelben Rasse eine freie Entwicklung unter Japans geistiger Führung ermöglicht. Das japanische Volk würde seiner Regierung eine Schwächung seiner militärischen Macht allenfalls nur dann gestatten, wenn es des Weges zu diesen Zielen sicher wäre. Wird England ihm den Weg öffnen? Das ist recht unwahrscheinlich, denn England würde sich auf diese Weise einen Schlag zufügen, wie ihn Deutschland England niemals bereiten könnte. Man wird im Lager der Entente niemals versuchen, Japan mit kleineren Gewinnen, wie Indochina und die Mandchurien, abzuspüren, aber das japanische Volk wird sich voraussichtlich dadurch von dem großen Wege, den es vor sich sieht, nicht abbringen lassen. Schließlich wird die Entente auch mit Drohungen nicht sparen. Man wird Japan sagen, daß ein lässiger Bundesgenosse bei der Verteilung der Siegesbeute nicht viel Berücksichtigung finden würde. Das wird jedoch den Japanern wenig Eindruck machen, denn die Japaner wissen, daß sie nicht dem guten Willen ihrer jetzigen Freunde, sondern ihrer eigenen Macht den Kriegsgewinn verdanken werden.

Es ist hier nur die politische Seite der Frage erörtert worden; es gibt natürlich auch eine militärische Seite, die ebenfalls große Schwierigkeiten für die Verwirklichung des Wunsches der Entente zeigt. Gleichwohl, die Japaner mögen entscheiden! Auch das Einziehen des japanischen Heeres würde nicht vermögen, die Waage zu unseren Ungunsten zu lenken. Denn Japan könnte angesichts der noch nicht gelösten chinesischen Fragen und des gegenüber Amerika noch immer trotz dem Lanfing-Zhili-Abkommen gehegten Mißtrauens nur Teile seiner aktiven und Reservearmee entsenden. Einige hunderttausend Mann, von wo sie auch kommen, werden diesen Millionenkrieg nie entscheiden können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ernährungsfragen im preussischen Landtag.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Mittwoch nach der Erledigung der Vorlage auf Erhöhung des Grundkapitals der preussischen Staatsbank mit der Debatte über die Ernährungsfragen. Zu den bereits früher mitgeteilten 22 Anträgen der verstärkten Staatshaushaltskommission sind eine Reihe weiterer Anträge eingegangen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, die Regierung zu ersuchen, dafür einzutreten, daß die Kartoffelration sofort auf 10 Pfund pro Kopf und Woche erhöht wird. — Die Fortschrittler richten an die Regierung das Ersuchen, dahin zu wirken, daß in eine Prüfung darüber eingetreten wird, inwiefern es auf Grund der neuen Statistik über die Kartoffelernte möglich sein wird, die Kartoffelration im Frühjahr 1918 zu erhöhen, und die dementsprechend erforderlich werdenden Kartoffelmengen schon jetzt sicherzustellen. Außerdem soll die Regierung dahin wirken, daß für die verporungsberechtigte Bevölkerung eine besondere Zulage Kartoffelmehl zur Verfügung gestellt wird. — Endlich liegt noch ein freikonservativer Antrag vor; der die Regierung ersucht, eine Kommission unter Beteiligung von Abgeordneten zu berufen, um Vorschläge zu machen zur Ausführung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über Erzeugung und Verwertung von Lebensmitteln. Die Debatte wurde eingeleitet mit einer Rede des neuen Staatsministers für Volksernährung, v. Waldow, der nachdrücklich betonte, daß an dem Grundsatz der öffentlichen Verwertung der wichtigsten Lebensmittel festgehalten werden müsse, solange die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt andauere. Der Minister schilderte weiter die Schwierigkeiten, mit welchen wir in das neue Wirtschaftsjahr hineingegangen sind und gab genauen Aufschluß über die Ergebnisse der Statistik. Den Wunsch nach Erhöhung der Kartoffelration auf zehn Pfund erklärte er, leider nicht erfüllen zu können; aber es seien noch Reserven vorhanden, und bei etwaigen Ernährungschwie-

rigkeiten sollen den Schwerarbeitern Kartoffelzulagen gewährt werden. Die Wintereindeckung an Kartoffeln könne als völlig gesichert gelten; jedenfalls sei das Ergebnis günstiger als im Vorjahre. Allerdings sei notwendig, um die Verfalltüchtigkeit der Kartoffeln zu verhüten, in die Schweinebestände einzugreifen. — Nach weiterer kurzer Debatte, in welcher u. a. der konservative Abg. von der Osten den bekannten Erzeugerstandpunkt vertrat, vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Die lebendige Mauer der Konservativen.

Zu der Generalversammlung des konservativen Vereins für den Kreis Neustettin hielt dieser Tage der konservative Reichstags- und Landtagsabgeordnete v. Bennigsen einen Vortrag über die politische Lage, wobei er aus seinem Herzen keine Mordgrube machte. U. a. meinte er, je mehr im Reichstag von Frieden „gequatscht“ werde, um so später werde er kommen. Hätten wir zu Anfang des Krieges einen leitenden Staatsmann gehabt, der die Lage richtig übersehen und den Willen zur Tat gehabt hätte, so läge der innere Feind jetzt ebenso am Boden wie der äußere. Zu der Neuorientierung liege gar kein Grund vor. Auch in bezug auf die Aenderung des Wahlverfahrens in Preußen habe die Regierung in ihrer jammervollen Schwäche und Hilflosigkeit dem Reichstag nachgegeben; das Reichstagswahlrecht aber sei reformbedürftiger als das Landtagswahlrecht. Herr v. Bonin wies auch die „Legende“ von einem königlichen Besprechen zurück, erklärte aber immerhin, daß der Landtag die Vorlage „prüfen“ werde, um sie nach dem anzunehmen, abzuändern oder abzulehnen. „Eins aber könne er, so schloß Herr v. Bonin seine Ausführungen, jetzt schon sagen: Wir werden uns vor die Dynastie Hohenzollern stellen und werden sie gegen den Reichstag und gegen die königliche Staatsregierung mit unseren Leibern zu decken suchen!“ — Hurra!

Die „gemilderten“ Schnellzugzuschläge.

Einer Blättermeldung zufolge sollen wahrscheinlich schon im kommenden Monat die Schnellzugzuschläge, die so ungerecht wirken, abgeändert werden. Die Festsetzung dieses Zuschlags in Stufen hat den Mibstand, daß ein Unterschied von 10 Pfg. im Fahrpreis eine Erhöhung um 10 Mk. verursachen kann. Auch kosten z. B. Fahrkarten statt 5 Mk. 10 Pfg. jetzt 13 Mk. 10 Pfg. usw. Diese Härten sollen dadurch vermieden werden, daß für jede Reise zwei Fahrkarten zu lösen sind. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der Schnellzugsverkehr durch die Verteuerung auf ein Drittel des früheren zurückgegangen ist.

Die Eisenbahnverwaltung scheint aber von dieser Fahrpreiserhöhung einen so guten Geschmack erhalten zu haben, daß sie nun auch an eine allgemeine Tarifserhöhung herantreten will. Sie soll zum 1. April in Kraft treten.

Amliche Förderung der Deutschen Vaterlandspartei.

In Herford hat kürzlich Abg. Traub über das Thema: „Voraus es jetzt ankommt“ gesprochen. Zum Beiside der Versammlung wurde eingeladen von dem „Aufklärungsausschuss für den Stadtkreis Herford“. Der Eintrittspreis betrug 30 Pfg. In dem Interat hieß es: „Karten sind im Vorverkauf im Rathause, Zimmer Nummer 57 und abends an der Kasse zu haben.“

Für das Frauenwahlrecht.

Im „Vorwärts“ weist Genossin Malin Zeppler auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß die preussische Wahlrechtsvorlage die Gleichheit des Wahlrechts mit den gleichen Opfern begründet, die die gesamte Bevölkerung während des Krieges dem Staate bringen mußte, und doch den Frauen das Wahlrecht vorenthalten wird. Sie fragt, ob es dabei bleiben solle, trotz aller Opfer, die auch die Frauen bringen mußten, und antwortet: „Nein, öffentlich muß Sturm geblasen werden. In den Zeitungen jeder Richtung mögen die Frauen ihren Abgeordneten die Frage stellen: Tretet Ihr fürs Frauenwahlrecht ein?“

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

14. Fortsetzung.

„Ich bitte darum,“ versetzte Sibylle, deren Züge bei dieser Auseinandersetzung eine bleierne Farbe angenommen hatten, „fahren Sie fort, Herr Graf!“

„Es ist nicht anders zu erklären als durch die Annahme, daß Ihr Vater Mittel und Wege gefunden und in Anwendung gebracht hat, um die Herren von der früheren Regierung, deren Berufspflicht es war, gegen ihn einzuschreiten und ihm den Hammer zu nehmen, für diese ihre Pflicht blind zu machen.“

„Von Ihrem Standpunkt aus und bei der Art und Weise, wie man jetzt unser Land verwaltet, Herr Graf, mag Ihnen das, was geschehen ist, nicht anders erklärbar scheinen, als durch solche Mittel,“ antwortete Sibylle lebhaft. „Aber vielleicht würden Sie Ihre für meinen Vater so kränkende Verunsicherung fallen lassen, wenn Sie die Grundzüge kennen, nach denen man früher dieses Land verwaltet hat; in der guten alten Zeit unserer Vorfahren, wo man alte langhergebrachte Verhältnisse zu schonen liebte; wo sich die Verwaltung nach als eine Obrigkeit betrachtete, die nicht ohne die höchste Not hart und tödend in die persönliche Lage der einzelnen eingriff und mehr beflissen war, die Untertanen bei behaglichem Wohlsein zu lassen, als sie mit der Schärfe des Rechts zu drangsalieren. Heute freilich, wo die Obrigkeit etwas ganz anderes und nebenbei, ich möchte fast sagen eine Majorität zum Geldvertreiben geworden ist, wäre es nicht denkbar, daß die Behörde eine Familie in ihrem unwiderstehlichen Besitze liege, wenn sie Rechtsmittel in Händen hätte, dieselbe daraus zu vertreiben!“

„Allen Respekt vor Ihrem Advokalentalent, Demoiselle Ritterhausen,“ versetzte lächelnd der Graf; „wir wollen über diesen Punkt nicht streiten, er gehört auch kaum zur Sache. Aber Sie werden mir einräumen, daß es für Ihren Vater äußerst fatal werden müßte, wenn die ganze Angelegenheit vor die Gerichte käme. Also, Sie haben ein Interesse und zwar ein sehr dringendes zum Frieden; und was mich angeht, so habe ich ebenfalls ein solches, das freilich weniger dringend und gebieterisch, aber in hohem Grade von meinem Verlangen verstärkt ist, mir Anspruch auf Ihre Dankbarkeit und Ihre Freundschaft zu erwerben!“

„Sie waren es doch, der zuerst die Kriegsbotenschaft sandte!“ rief Sibylle zornigen Tones ein.

„Verlangen Sie etwa, daß ich schweigen und, ohne ein Wort des Dankes zu begehren, Ihnen das beste Stück meines neuen Besitztums schenken sollte?“

„Geschänkt verlangt mein Vater gewiß nichts, Herr Graf!“

„Also — handeln wir. Ich lasse Ihnen den Hammer. Ich überlasse es Ihrem Vater, eine amüßliche jährliche Pachtsumme,

wie er selbst sie billig findet, zu fixieren. Dagegen verlange ich nichts als eine recht gute, teilnehmende Nachbarschaft. Sie erlauben mir, mich in allen Angelegenheiten an Sie um Rat, Auskunft und Hilfe zu wenden. Ich komme zu Ihnen als Freund des Hauses, so oft ich mich mit Ihnen zu besprechen das Bedürfnis fühle. Sie kommen von Zeit zu Zeit selbst zu mir herauf, um nachzuschauen, was zu tun und zu arrangieren ist ...“

„Man kann freilich nicht günstigere Bedingungen bieten, Herr Graf,“ rief Sibylle wieder mit einer gewissen Bitterkeit ein.

„Also — unterschreiben Sie sie!“

„Dazu habe ich keine Vollmacht!“

„So sagen Sie mir wenigstens, daß Sie, was an Ihnen liegt, den Teil der Bedingungen, der Sie betrifft, gern erfüllen!“

„Sie wollen also die Freundschaft eines jungen Mädchens als Bedingung in einen Geschäftsvertrag aufnehmen?“

„Wenn ich diese Freundschaft als freie Gabe erringen könnte, so wäre sie mir freilich um so teurer.“

„Wenn Sie wirklich daran dachten, mein Herr Graf, so haben Sie in der Tat einen ganz falschen Weg eingeschlagen, diese Freundschaft zu gewinnen. Sie haben damit begonnen, uns eine Kriegserklärung zu machen. Treiben wir nun den Krieg auf ehrliche Weise aus?“

„Sie hatten eben keine Vollmacht, den Frieden anzunehmen; Vollmacht, den Krieg zu beschließen, haben Sie, scheint es!“

„Ich beschließe ihn nicht, ich spreche nur als eine Tatsache aus, daß er jetzt, wo er erklärt ist, besteht.“

„Ich sehe, Sie sind unerbittlich. Aber Sie handeln unrecht, Demoiselle Sibylle. In meinem Herzen ist nichts von feindlicher Stimmung, nichts von Lußt am Kriegführen. Es ist nichts darin als das brennendste Verlangen, Ihnen zu gefallen, Sie öfter sehen zu können, Ihnen sagen zu dürfen, wie sehr Sie alle meine Gefühle fesseln.“

„Das ist eine seltsame Sprache von einem Feinde,“ antwortete Sibylle mit einem Lächeln der Verachtung um ihren schönen Mund.

„Aber wollen Sie denn gar nicht anhören, daß ich nichts weniger bin als Ihr Feind?“

„Glauben Sie das zu beweisen durch diese Beteuerungen, deren Fortsetzung ich nicht anhören will?“

Sibylle stand auf um zu gehen.

„Welch hartnäckiger Egoismus in einem unbelobenen jungen Mädchen,“ rief Graf Antoine nun seinerseits gereizt aus. „Wissen Sie denn, was Sie aufs Spiel setzen, indem Sie meine Freundschaft zurückstoßen?“ Wissen Sie, welche Folgen es für Ihren Vater haben kann, wenn ich mit ihm nach der Strenge des Rechts verfare? Wenn ich die Aufmerksamkeit der Gerichte auf sein ganzes Verhältnis zu dem Baron Hukarde lenke und man dabei in Untersuchungen über die geheimnisvolle Todesart des alten

Mannes eingeht? Wissen Sie, welche Folgen das für Herrn Johann Wilderich Ritterhausen haben kann?“

„Was wollen Sie damit andeuten, Herr Graf?“ fragte Sibylle mit tödlichem Gesicht und zitternder Lippe.

„Was brauche ich das zu erklären, da ich in Ihren Zügen lese, daß Sie mich sehr wohl verstanden haben?“ versetzte Antoine mit einem fast höhnlischen Lachen.

„In meinen Zügen werden Sie nichts lesen als den Ausdruck der Entrüstung,“ entgegnete Sibylle, wandte sich und ging.

Der Graf von Epaville blühte ihr lange schweigend nach. Dann murmelte er vor sich hin: „Das war eine vollständige Niederlage, mon cher Antoine! Welch ein Startkopf! ... Ich habe niemals geglaubt, mit besserem Winde zu fahren, um wieder in den rechten Kurs zu kommen!“

„Im Grunde,“ setzte er dann ein wenig verdrossen hinzu, „im Grunde wollte ich, der Teufel hole die ganze Welt, in die ich mich eingelassen habe; es wird verzweifelte Mühe kosten, um sie zu gewinnen. Aber es ist auch der Mühe wert — das Mädchen ist bildschön! Und hoffentlich zeigt sich der Papa zugänglicher, wenn wir nächstens bei diesem alten Sünden die Arbeit beginnen.“

Sechstes Kapitel.

Eine dunkle Tat.

Der Graf von Epaville begab sich nach einer Weile in die Burg zurück. Er schlenderte langsam über den Hof, durch das Hauptportal in der Mitte, durch den unteren Korridor mit den spitzbogigen Fenstern und den Hirschgeweihen und die Haupttreppe hinauf, welche in den oberen Stock führte. Hier lief ein Gang von derselben Größe wie der untere Korridor, gerade über diesem, an der Seite des Gebäudes entlang, die nach dem Hofe zulag, auf der anderen Seite, von wo man die Aussicht in das Haupttal und auf den Rheider Hammer hatte, befanden sich die Wohngemächer; weite, leere Räume, mit Decken, welche von stukkaturverzierten Balken getragen wurden, mit Wänden, deren untere Verkleidung aus hohen Lambris von gehobtem Eichenholz bestand, während darüber sich Tapeten mit altmodischen Mustern zeigten, hier und da stückweise von den Mauern gelöst und niederhängend, an anderen Orten durch vieredrige hellere Stellen den Platz andeutend, den ehemals Bilder oder Spiegel in diesen öden und ausgeräumten Gemächern eingenommen hatten. Es hatte viel Mühe gekostet, den alten Staub und Schmutz, die Spinnweben und den Wurmfraß so weit fortzuschaffen und wegzuwaschen, um einige dieser Räume nodürftig bewohnbar machen zu können. Der neue Eigentümer hatte dazu eine Wagenladung neuer Möbel herüberbringen lassen. Das elegante Gemach — es neu und glänzend von Politur, alles im neuesten Geschmack — in Josephine, das heißt nach dem überbegreiften Muster der romanischen Antike, nahm sich freilich merkwürdig genug in dieser verblühten, altergeschwärtzten Umgebung aus. (Fortsetzung folgt.)

ein? Und wenn nicht, nennt hier vor Euren Wählern Klipp und Klar die Gründe! Versteht Euch nicht dahinter, daß jetzt die Zeit größerer und aktueller Probleme birgt als dieses. Gerade revolutionäre Epochen wählen die Menschen in ihren Taten auf und stellen sie jeder Frage neu vorz Angesicht. Solchen Zeiten ist nichts zu klein und nichts zu groß, um es für sich zu entscheiden!"

Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich — Professor in Bonn.

Wie die „Hochschulcorrespondenz“ hört, wurde der bisherige Staatssekretär Dr. Helfferich von der philosophischen Fakultät der Universität Bonn einstimmig für die durch die Überführung des Geheimen Rats Sämanns nach Berlin erledigte ordentliche Professur der Staatswissenschaften in Vorschlag gebracht. Der Kultusminister hat, dem Wunsche der Fakultät folgend, Helfferich diese Stelle angeboten.

Der bisherige Staatssekretär Dr. Schwander ist Blättermeldungen zufolge nach Strassburg zurückgekehrt, um seine alte Tätigkeit als Oberbürgermeister wieder aufzunehmen.

Industrie und Handel kritisieren die Herrenhausvorlage.

Der preussische Handelsstammesrat beschäftigte sich am Montag in Berlin auch mit der zukünftigen Vertretung von Industrie und Handel in der ersten Kammer des preussischen Landtags. Kritisiert wurde, daß von insgesamt 360 Mitgliedern, die auf Präsentation dem Herrenhause anzugehören hätten, nur 72 aus den Kreisen von Handel und Industrie stammen sollten. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Verteilung der 72 Vertreter von Industrie und Handel je zur Hälfte auf die Handelskammern und auf die freien Vereinigungen der großen Wirtschaftsprüfung wurde gleichfalls bemängelt.

Bei der Beratung der Novelle zur Neuordnung der Handelskammern in Preußen wurde weitgehende Uebereinstimmung mit dem Gesetzentwurf erzielt.

Zwei Inzerate.

Das „S. I.“ verzeichnet folgende Tatsache: Im „Kujawischen Boten“ zu Hohenalza finden sich in ein und derselben Nummer (274 vom 22. November) zwei Inzerate, die höchst widerspruchsvoll sind. Auf der einen Spalte des Anzeigenteils macht der stellvertretende kommandierende General des zweiten Armeekorps bekannt, daß die Umlösung öffentlicher politischer Versammlungen, welche verboten seien, unterliegt wird. Unter das Verbot falle auch die Umlösung, daß in politischen Versammlungen Personen eingeladen werden, welche erst Mitglieder werden sollen. In der zweiten Spalte ladet die Vaterlandspartei zu einer großen Versammlung ein, in der eine Ortsgruppe begründet werden solle. Die Versammlung werde von dem Ehrenbürgermeister Eichenhach eröffnet werden und Herr Ober von Heyden-Markowicz, Mitglied des Herrenhauses, werde über: „Die Ziele der Deutschen Vaterlandspartei“ sprechen. Im ausdrücklichen Hinweis hinzuweisen, daß es sich um keine Mitglieder, sondern um eine öffentliche Versammlung handle, wird darauf aufmerksam gemacht, daß „Witten zur Beitrittserklärung am Eingange des Saales anliegen.“ Diese Versammlung am 18. November in der Aula der hiesigen Knabenmittelschule kann. Wie sind diese beiden Inzerate — fragen wir — miteinander in Einklang zu bringen?

Oesterreich-Ungarn.

Eine Verleumdung. Im österreichischen Abgeordnetenshaus kam es bei Beratung der Kriegshausverordnungen zu einer Bänne, die bernerproben wurde durch den anscheinend christlich-nationalen Abg. Hammer, der behauptete, daß die Sozialdemokraten von dem früheren Finanzminister Spitzwiler im Einvernehmen mit dem Grafen Starb, Geld für gewisse Parteiunternehmen erhalten. Darunter auch für die „Arbeiterzeitung“. Die Sozialdemokraten riefen Hammer zu: „Verleumder! Schurke!“ und beehrten keine weiteren Ausführungen mit lärmenden Zwischenrufen. Der sozialistische Führer Seiwies die Behauptungen Hammers zurück und erklärte sie für unwahr, freilich erlunden und erlogen.

Holland.

Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Die Erste Kammer nahm die Gesetzesvorlage zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts und Gleichstellung des öffentlichen und privaten Unterrichts an.

Von den Kriegsschauplätzen.

Rußland.

Sachsen, wo bist du?

Als würde dem „Märkischen“ aus Trierstadt, daß der englische Botschafter Buchanan, der Sachsen verlassen wollte, in Ginnand am Reichsgrenze Leinus und Trojitz festgehalten wurde.

Ein weiterer Erfolg der Sozialisten.

Die Sozialisten berichten, daß sie nach vierwöchiger Kampagne die Wahlkreise des Reichstages in Ginnand am Reichsgrenze Leinus und Trojitz festgehalten wurde.

Sarger Prozeß.

Trojan wurde ohne Beweise zwei Mordanschlägen und dreizehn Beleidigungen des Reichstages des Reichstages, die sich weiteten, den maßgeblichen Kommissaren sich zu unterwerfen.

Der russische Friedensvorschlag nach Spanien.

Englische Blätter melden aus Petersburg: Der spanische Botschafter in Petersburg hat am Montag geschrieben, daß er sich gegen das „maßlose Verlangen“ der spanischen Regierung nach Verzicht Trojitz über einen künftigen Waffenstillstand und über das Aufheben von Friedensverhandlungen telegraphisch hat, damit dieser zur Kenntnis des spanischen Volkes gebracht werde. Der Gedanke liegt nahe, er wolle jetzt dieses tax, um anzudeuten zum Abschlusse des Friedens, nach dem die ganze Welt schmachtet.

Küsterin der Mitglieder der russischen Botschaft in Rom.

Die „Rome Correspondenz“ meldet aus Rom: Die Küsterin der Mitglieder der russischen Botschaft in Rom, die in Rom in der russischen Botschaft gearbeitet hat, hat die Mitglieder der Botschaft erklärt, daß sie sich ausruhen lassen, hinsichtlich der Interessen der russischen Staatsangehörigen in Rom zu vertreten. Sie befinden sich in Rom in der russischen Botschaft.

Klein, da ihr Vermögen sich in den Händen der Revolutionsregierung befindet und sie keinerlei Geld mehr aus Ausland erhalten. Infolgedessen nehmen sie mit Dankbarkeit das Angebot der amerikanischen Regierung an, in die Armee der Vereinigten Staaten einzutreten zu dürfen.

Sehr richtig!

Die „Morning Post“ meldet aus Petersburg: Die Regierung hat den Ententebotschaftern die Reise ins russische Hauptquartier verweigert. Die Eisenbahn von Petersburg nach dem Hauptquartier ist von dem maximalistischen Blinierbataillon besetzt worden.

Keine japanischen Truppen nach der Mandschurei.

Halbamtlich wird von Japan in Ubrede gestellt, daß japanische Truppen nach Charkow geschickt würden. Es werde vielleicht eine kleine Polizeitruppe hingeschickt werden, aber vorläufig seien noch keine endgültigen Maßregeln getroffen worden.

Der Balkankrieg.

Die Gewaltpolitik der Benizelisten.

Der „Times“ meldet aus Athen: Um gewisse Anzeichen und der Verbreitung tendenziöser Nachrichten durch Anhänger der alten Regierung ein Ende zu setzen, ist die griechische Militärbehörde zur Verhaftung von 150 Personen verschiedener Gesellschaftsklassen getritten, darunter befinden sich ehemalige Beamte, Zeitungsleute, Handelsreisende, Rechtsanwälte und Offiziere. Alle wurden interniert.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Erneuerung des Stockholmer Konferenzplanes.

Die „Times“ heftigen, daß der Plan einer Stockholmer internationalen sozialistischen Konferenz plötzlich wieder aufgegeben ist, und berichten dazu: Arthur Henderson hat in seiner Eigenschaft als Schriftführer der englischen Arbeiterpartei eine Depesche von Camille Huysmans, dem Schriftführer des internationalen sozialistischen Bureaus, empfangen. Dieser äußerte die Ansicht, der Augenblick sei günstig, um die Frage der Stockholmer Konferenz aus neu zu erwägen. Huysmans forderte Henderson deshalb auf, sich unverzüglich mit den französischen Sozialisten in Verbindung zu setzen. Henderson hat diese Depesche dem ausübenden Räte der englischen Arbeiterpartei, der gestern in London zusammentrat, vorgelegt.

Der ausführende Ausschuss der Arbeiterpartei hat auf einer Zusammenkunft über die holländisch-schwedischen Einladungen zur Teilnahme an einer zweiten Stockholmer Konferenz beraten. Die Einladungen sollen einem vereinigten Ausschuss aus Vertretern der Gewerksvereine und der Arbeiterpartei überwiesen werden.

Die alldeutsche Ehrenspange.

Von eingeweihter Seite wird dem „Berl. Tageblatt“ geschrieben:

Im ersten Viertel dieses Jahres befaßte sich Herr Claß, der Hauptling der Alldeutschen, auf der Jagd nach Millionen, die für die „Norddeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft“ flüssig gemacht werden sollten zum Zwecke des Ankaufs von großen und kleinen deutschen Zeitungen. Die in tieferer Klassenauflage ins Land geschickten vertraulichen Briefe und Zeichnungsschemata sind anscheinend wirkungslos verblieben, denn das Geheimnis des Zeichnungsergebnisses wird seit geraumer Zeit strengstens gewahrt, während man früher recht oft und gerne mit den großen Zahlen prahlte, die für alldeutsche Zwecke angeblich zur Verfügung gestellt worden seien. Daß diese Aufforderungen zur Zeichnung von einem Mißerfolg begleitet gewesen sind, verrät ferner die Tatsache, daß sich der Hauptvorstand dazu entschließen mußte, den Mitgliedsbeitrag ohne Angabe der Gründe plötzlich von fünf auf sechs Mark zu erhöhen. Heute in Herr Claß beschuldigt geworden, es gibt neue Mitglieder für den Verband zu fangen. Wie groß die Not im alldeutschen Lager geworden ist, das verrät das neueste Rundschreiben, das Herr Claß an seine Getreuen schicken gerichtet hat und das wie ein letzter Hilferuf klingt. In dem Claßschen Rundschreiben neuerer Auflage heißt es u. a. wörtlich:

„Sehr geehrter Herr! Sie wissen, wie nachhaltig wir unsere Mitglieder in der letzten Zeit gemahnt und gebeten haben sich der Werbung für unseren Verband eifrig und auf der ganzen Linie anzunehmen. Die deutsche Sache verlangt dringend und immer dringender nach allen und umfassenden Zusammenrücken aller nationalen Kräfte. Alle anderen auf Zusammenfassung gerichteten Bestrebungen (unabhängiger Ausschuss für einen deutschen Frieden, Deutsche Vaterlandspartei usw.) haben zeitlich beengte Ziele im Auge, die mit dem Abschluß des Krieges entfallen. Wir die Kommande reife und verantwortungsvolle Arbeit den Alldeutschen Verband rechtzeitig hat und bereit zu machen, ist unsere Pflicht und das Mittel zur Erfüllung dieser Pflicht ist eben die Werbung. Unsere Werbung zur Werbung ist ja nicht nutzlos geblieben. Aber es war auch öfter festgehalten werden, an einer Werbung auf der ganzen Linie fehlt es doch noch immer: alles, was erreicht wurde, ist das Ergebnis einer beschränkten Zahl getreuer und unermüdlicher Mitarbeiter, nur zu viele stehen noch immer abseits. Wir bedürfen aber der Mitarbeit aller! Wir wissen, daß unsere Werbemaschine erreichbar, ja sogar reich erreichbar sind — vorausgesetzt, daß die Gewissenhaftigkeit unserer Bitte, an der Werberei nicht zu scheitern. Folge gibt. Davon hängt alles ab. Deshalb geben wir die Lösung aus: zu jedem alten Mitarbeiter ein neues, deshalb haben wir vorzulegen, ein jedes Mitglied möge sich als kleines, aber nützliches Ziel heften, dem Verbande wenigstens ein neues Mitglied zuzuführen, und deshalb treten wir heute mit der gleichen Bitte unmittelbar an jedes Mitglied heran.“

Herr Claß schlägt hier einen Ton an, als gelte es, eine Katastrophe zu verhüten. Die Verbandsmitglieder werden begehrt, auf jeden Fall und mit jedem Mittel neue Bekanntheitsgenossen heranzuschleppen. Wir können noch mehr verraten, was in dem obigen Schreiben allerdings nicht gesagt ist. Jedes Mitglied nämlich, das eine bestimmte Zahl neuer Mitglieder für den Verband gewinnt, soll als Belohnung eine — Ehrenspange oder einen Orden, der von der Hauptleitung geteilt wird, erhalten! Das ist bitterer Ernst! In einem zweiten Schreiben, das noch strenger vertraulich ist, werden nämlich tatsächlich Ehrenspangen und leuchtige Herrlichkeiten verprochen!

Aus der Partei.

Simone's Treiben. Wir lesen im „Vorwärts“: Wer hat ein Interesse daran, eine Aktion zu durchzuführen, die auf eine Be-

kämpfung des Lebensmittelwuchers und auf eine Erhöhung der Kartoffelration gerichtet ist? Mitgeteilt, hätte man denken, als die Kriegswucherer und Schlechtwuchler! Trotzdem haben die Unabhängigen die von der Generalversammlung für den Montagabend einberufenen Versammlungen nach einem vorbereiteten Plan befehligt, die Annahme einer Resolution, die 10 Pfund Kartoffel pro Kopf und die Woche fordert, verhindert und dafür eine andere angenommen, die keine bestimmten Forderungen zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse, dafür aber desto mehr Vermittlungen gegen Partei und Gewerkschaften enthält! Der Kraftbeweis, daß es ihr möglich sei, einige Tausende disziplinierte Anhänger aufzuführen und diese selbst zum größten Nutzen zu verwickeln, ist der Leistung der Unabhängigen wichtiger gewesen als die Aktion. Die den Parteilern eine Verbesserung ihrer traurigen Ernährungsverhältnisse zu bringen bestimmt war. Daß ihr dieser Kraftbeweis gelungen ist, kann niemand leugnen. Aber das es in Berlin eine organisierte Kampftruppe gibt, die alles, was von der sozialdemokratischen Partei oder von den Gewerkschaften ausgeht, in Kinder Wut zu zerbrechen bestrebt ist, war schon zuvor kein Geheimnis. Für die Meinung der breiten Massen bedeutet das nichts Entscheidendes, weniger z. B. gewiß als die Tatsache, daß der „Vorwärts“, so lange er in der Hand der Unabhängigen war, monatlich ungefähr ebensolche Feiern veranstaltete, wie er jetzt gewohnt ist. Aber wie immer dem sei, sicher ist doch durch den Nichtangriff die Aktionskraft der Arbeiterbewegung im ganzen geschwächt wird. In solcher Schwächung liegt die Leistung der Unabhängigen ihre Trümpfe, das haben die Vorgänge am Montag gezeigt. Eine Gruppe, die kein besseres Ziel kennt, als den verwirklichten Richtungsstreit in die Gewerkschaften zu hegen und eine Bewegung zu Erhöhung der Kartoffelration kaputt zu machen, ist in den Augen aller Unabhängigen gerichtet. Auch diejenigen, die heute ihre Meinungsverschiedenheiten mit der Partei aus einer Stimmung der nervösen Gereiztheit heraus auf die Spitze treiben, werden später gerechter zu unterstehen lernen zwischen dem „Vorwärts“ und der Partei, der zur Einigung rief, und der Leistung der Unabhängigen, die eine Bewegung zur Verbesserung der Berliner Ernährungsverhältnisse faktisch sabotiert. Wenn nun aber die Bewegung zur Erhöhung der Kartoffelration um Durchschlagkraft und Erfolg gebracht sein sollte, so können sich die Berliner Arbeiter dafür bei den Unabhängigen bedanken. Ja, „Witten gegen die eigenen Interessen“, das ist's!“

Bewerkschaftsbewegung.

Neuer Arbeiterstreik in Crimmitschau. kaum vier Monate sind verstrichen, seitdem ein großer Arbeiterstreik in Crimmitschau durch das vermittelnde Eingreifen der Militärbehörden in letzter Stunde abgewendet wurde, und schon haben aufs neue 130 Textilarbeiter und arbeiterrinnen einer Tuch- und Webefabrik im Ausland. Der Streik droht auch auf die anderen Betriebe überzugreifen. Das allseitig als besonders rigoros bekannte Crimmitschauer Unternehmertum läßt die Arbeiterkraft faktisch nicht zur Ruhe kommen. In großem protestatorischer Weise wird durch immer aufs neue erlassene Maßnahmen die Arbeiterkraft zum Widerstand gereizt. Im Juni wurde mit Wirkung ab 26. März 1917 die Zahlung einer wöchentlichen Teuerungszulage vereinbart, und zwar für verheiratete männliche Arbeiter und Arbeiterinnen über 17 Jahren 7 Mark, für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen über 17 Jahren 5 Mark pro Woche. Es wurde damals vereinbart: Eine Kürzung der Teuerungszulage tritt nur ein, wenn sich ein solches Fernbleiben von der Arbeit vorliegt. In den Besprechungen der Arbeitervertreter mit den Unternehmern war man sich allseitig einig, daß für die gesetzlichen Feiertage ein Abzug von der Teuerungszulage nicht gemacht werden dürfe. Einige Monate hielt das Unternehmertum das gegebene Versprechen, aber schon seit etwa zwei Monaten weigert sich ein Teil der Fabrikanten, die Teuerungszulage für die gesetzlichen Feiertage zu zahlen. Jetzt ist in einer Anzahl Fabriken eine diesbezügliche Beschlagnahme erlassen worden. Das Kriegsamt Leipzig hat merkwürdigerweise unter Aufhebung der früher von den Unternehmern gemachten Besprechungen eine Befehlskarte der Arbeiter abgewiesen mit der Begründung: Die Teuerungszulage sei ein Teil des Lohnes. Feiertage würden nicht bezahlt, ergo braucht auch die Teuerungszulage nicht gezahlt zu werden. Daß etwa die Hälfte der Fabrikanten korrekt verfährt und die Teuerungszulage ohne Abzug auszahlt, hat die Entscheidung des Kriegsamtes nicht zu bestärken vermocht. Die Erregung der Arbeiter ist sehr groß. Auch die Selbstorganisationen mit den freiwirtschaftlichen Organisationen. Diese Erregung ist um so begründlicher, als das Crimmitschauer Unternehmertum zu denjenigen gehört, welche am Kräfte am meisten verdienen und ihren Arbeitern am wenigsten belohnend zur Seite getreten haben. Wenige Ausnahmen bestätigen die Regel. Die Mehrzahl der Unternehmer mußte erst durch einen im Mai drohenden Arbeiterstreik vom Kriegsamt zur Zahlung einer angemessenen Zulage gezwungen werden. Die Löhne der Arbeiter in Crimmitschau sind niedriger als in den großen Konkurrenzplätzen der Lausitz. Trotzdem sind eben gegenwärtig in der Mehrzahl auf dem Wege friedlicher Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern die Löhne aller Kategorien des ganzen Bezirks nicht unwesentlich erhöht worden. Die Crimmitschauer Fabrikanten suchen, wie ihr Vorgehen beweist, das Einkommen der Arbeiter herabzusetzen. Die Arbeiter können der Unterstützung aller rechtlich Denkenden sicher sein.

Aus dem Gerichtssaal.

Sechs Wochen Arrest für Tötung eines Soldaten. Das Wiener Secceditionsgericht verurteilte das Urteil im Prozeß wegen Tötung des Dragoners Morik. Der Kaiserleutnant Josef Zerdl wurde wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens von sechs wöchentlichem strengen Garnisonsarrest verurteilt. Von dem Verbrechen des Tötungs und dem Verbrechen der Hintanhaltung der Dienstvorschriften durch Hintanhaltung des Dragoners Morik wurde er freigesprochen. Oberleutnant Redigall wurde wegen Hintanhaltung der Dienstvorschriften zu sechs wöchentlichem Hausarrest verurteilt, von den übrigen Punkten der Anklage wurde er freigesprochen.

Die Hilfsdienstpflicht vor Gericht. Vor einiger Zeit erhielten 10 Berliner Arbeiter den Befehl, sich zum Hilfsdienst zu melden. Sie wandten ein, daß sie bereits im Hilfsdienst tätig seien, da sie in Fabriken arbeiteten, in welchen Ränder hergestellt werden. Die zuständige militärische Stelle war damit einverstanden. Nach einigen Wochen erhielten die Arbeiter den Befehl, sich in Lausitz zum Hilfsdienst einzufinden. Dort erfuhren sie, daß sie auf einem Neubau beschäftigt werden sollten und daß pro Stunde ein Lohn von 85 Pfg. bezahlt werde. Sie weigerten sich, die Arbeit anzunehmen, da sie mit diesem Lohn nicht auskommen könnten, zumal sie sich dort selbst beschäftigen müßten und eine Schlafgelegenheit auch nicht vorhanden sei: sie begaben sich nach Berlin zurück und erhielten deshalb einen Strafbefehl über je 30 Mk. Mehrere Arbeiter sollen sich 30 Mk. bezahlt haben. Der zum Transportarbeiterverband gehörende Arbeiter Heinrich Bertram erhob jedoch gegen den Strafbefehl Widerspruch und hatte sich deshalb am Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Wedding zu verantworten. Der Anwalt beantragte, den Strafbefehl zu bestätigen: Der Angeklagte hätte in Lausitz bleiben müssen, bis die von ihm eingelegte Beschwerde entschieden war; zum mindesten hätte er vom dortigen Arbeitgeber eine Abkündigung verlangen müssen. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung; mindestens rechtfertigte sich die geringste zulässige Strafe. Der Gerichtshof trat letzterer Auffassung bei und erkannte auf 3 Mk. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil wird jedoch Berufung eingelegt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.